

LEHR- und PRAXISKOMMENTAR

Böttiger | Körtek | Schaumberg [Hrsg.]

# SGB III

Arbeitsförderung

4. Auflage



Nomos

# LEHR- und PRAXISKOMMENTAR

Walter Böttiger | Yasemin Körtek

Torsten Schaumberg [Hrsg.]

# SGB III

Arbeitsförderung

4. Auflage

**Walter Böttiger**, Ministerialrat, Stuttgart | **Prof. Dr. Petra Cormann**, Präsidentin des Sozialgerichts Trier | **Sandra Ewig**, Richterin am Landessozialgericht, Stuttgart | **Kristin Jungerwirth**, LL.M. oec., Richterin am Landessozialgericht, Stuttgart | **Dr. Uli Kern**, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Mannheim | **Prof. Dr. Yasemin Körtek**, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Mannheim | **Prof. Dr. Alexandra-Isabel Reidel**, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Mannheim | **Prof. Dr. Hans-Joachim Reinhard**, Hochschule Fulda | **Prof. Dr. Torsten Schaumberg**, Hochschule Nordhausen | **Markus Schön**, Stadtdirektor der Stadt Krefeld, Geschäftsbereich Bildung, Jugend, Arbeit, Sport, Migration und Integration | **Prof. i.R. Dr. Jürgen Winkler**, Katholische Hochschule Freiburg



**Nomos**

**Zitiervorschlag:** LPK-SGB III/Bearbeiter § ... Rn. ...

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-1404-0

4. Auflage 2025

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2025. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

## Vorwort zur 4. Auflage

Nach sechs ereignisreichen Jahren seit dem Erscheinen der 3. Auflage im Jahr 2019 liegt die 4. Auflage des Lehr- und Praxiskommentars SGB III vor.

Mit der Neuauflage beabsichtigen der Verlag und die Autoren sowohl die Änderungen des SGB III als auch die Judikatur zum SGB III in den letzten Jahren aufzuzeigen, mit dem Ziel, für die Praxis eine Hilfestellung bei der Anwendung, Auslegung und Umsetzung des Gesetzes zu geben. Bei der erforderlichen inhaltlichen Anpassung des LPK-SGB III fanden neben den zahlreichen Änderungsgesetzen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie insbesondere das Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung, das Siebte sowie Achte Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze, das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie zur landesrechtlichen Bestimmung der Träger von Leistungen für Bildung und Teilhabe in der Sozialhilfe (TeilhabeStärkungsgesetz), das Zwölfte Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze – Einführung eines Bürgergeldes (Bürgergeldgesetz), das Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung und schließlich das Neunundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (29. BAföGÄndG) Berücksichtigung.

Im September 2024 hat die Bundesregierung den **„Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung (SGB III-Modernisierungsgesetz)“** vorgelegt (BT-Drs. 20/12779, zum Referententwurf des BMAS vgl. BR-Drs. 402/24). Mit dem SGB III-Modernisierungsgesetz ist beabsichtigt, die Arbeitsförderung im SGB III bürgerfreundlicher, transparenter, effizienter und unbürokratischer zu gestalten. Zur Verwirklichung dieser Ziele sollen insbesondere die Weiterentwicklung des Vermittlungsprozesses einschließlich der Automatisierung und Digitalisierung der Arbeitsverwaltung (u.a. Weiterentwicklung der Eingliederungsvereinbarung zum Kooperationsplan, verpflichtende Zusammenarbeit bei der Betreuung von jungen Menschen, umfassende Beratung und Förderung von jungen Menschen oder Einführung einer Programmnorm zur Digitalisierung und Automatisierung), Änderungen im Leistungsrecht (u.a. Vereinfachung beim Kurzarbeitergeld und Bemessung des Arbeitslosengeldes, Ausweitung der Förderung mit Gründungszuschuss durch Absenkung der erforderlichen Restanspruchsdauer auf Arbeitslosengeld oder Ausweitung der Förderung mit dem Ausbildungsgeld bei Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben) sowie die Anpassung und Ausbau der Förderinstrumente durch die Versteigerung der Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung im In- und Ausland im Zuständigkeitsbereich der BA beitragen. Zwar hat der Bundestag am 26.9.2024 den Entwurf des SGB III-Modernisierungsgesetzes in erster Lesung beraten und im Anschluss zur weiteren Beratung an den federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen. Auch ist die öffentliche Anhörung am 4.11.2024 erfolgt. Jedoch ist das SGB III-Modernisierungsgesetz wegen des Scheiterns der Regierungskoalition und den anberaumten Neuwahlen nicht verabschiedet worden. Ob und wie die neue Bundesregierung bzw. der neu gewählte Bundestag die Reform des SGB III realisieren werden, bleibt abzuwarten. Nichtsdestotrotz wird bei den Kommentierungen verschiedener Vorschriften auf die (noch) nicht Gesetz gewordenen geplanten Änderungen im Entwurf des SGB III-Modernisierungsgesetz hingewiesen.

Wie bereits die 3. Auflage, wird auch die 4. Auflage des LPK-SGB III von Herrn Ministerialrat Walter Böttiger, Frau Prof. Dr. Yasemin Körtek und Herrn Prof. Dr. Torsten Schaumberg herausgegeben. In den Reihen der Autorenschaft haben sich Änderungen ergeben. Frau Prof. Dr. Minou Banafsche ist als Autorin ausgeschieden. Neu hinzugekommen als Autor ist Herr Dr. Uli Kern (Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Mannheim). Ganz herzlich danken wir allen Autorinnen und Autoren für die stets gute Zusammenarbeit.

Anregungen, Kritik, aber auch Lob sind uns immer willkommen und können an den Verlag ([nomos@nomos.de](mailto:nomos@nomos.de)) gerichtet werden.

Februar 2025

*Walter Böttiger*  
*Yasemin Körtek*  
*Torsten Schaumberg*

## Bearbeiterverzeichnis

- Jun.-Prof. Dr. Minou Banafshe* (bis zur 3. Aufl.), Universität Kassel  
(Vor §§ 112–129, §§ 112–114)
- Walter Böttiger*, Ministerialrat, Stuttgart  
(§§ 88–94, 100–109, 111a, 131a, 131b, 136, 144–146, 417, 418, 422, 425, 427a, 430, 456)
- Prof. Dr. Petra Cormann*, Präsidentin des Sozialgerichts Trier  
(§§ 137, 139–143, 147, 148)
- Sandra Ewig*, Richterin am Landessozialgericht, Stuttgart  
(§§ 173–175)
- Kristin Jungerwirth*, LL.M. oec., Richterin am Landessozialgericht, Stuttgart  
(§§ 138, 149–154, 421d)
- Dr. Uli Kern*, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Mannheim  
(§§ 367–380, 382–394, 396–398, 451, 457)
- Prof. Dr. Yasemin Körtek*, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Mannheim  
(§§ 82c, 95–99, Vor §§ 112–129, §§ 112–129, 381, 395, 421c, 421f, 444a, 452, 455a)
- Prof. Dr. Alexandra-Isabel Reidel*, Hochschule der Bundesagentur für Arbeit, Mannheim (§§ 133, 135, 420, 446)
- Prof. Dr. Hans-Joachim Reinhard*, Hochschule Fulda  
(§§ 1–28a, 73–80b, 110–111, 340–366a, 434–444, 445, 454)
- Prof. Dr. Torsten Schaumberg*, Hochschule Nordhausen  
(§§ 81–82b, 83–87a, 155–164, 421–421b, 421e, 445a, 447–450, 453, 455, 458)
- Markus Schön*, Stadtdirektor der Stadt Krefeld, Geschäftsbereich Bildung, Jugend, Arbeit, Sport, Migration und Integration (§§ 29–72, 165–172, 176–185)
- Prof. i.R. Dr. Jürgen Winkler*, Katholische Hochschule Freiburg  
(§§ 280–339, 404–405, Anhang Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz im Arbeitsförderungsrecht)

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage .....	5
Bearbeiterverzeichnis .....	7
Abkürzungsverzeichnis .....	27
Literaturverzeichnis .....	47

## Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III) – Arbeitsförderung –

### Erstes Kapitel Allgemeine Vorschriften

<b>Erster Abschnitt Grundsätze</b> .....	51
§ 1 Ziele der Arbeitsförderung .....	51
§ 2 Zusammenwirken mit den Agenturen für Arbeit .....	54
§ 3 Leistungen der Arbeitsförderung .....	58
§ 4 Vorrang der Vermittlung .....	60
§ 5 Vorrang der aktiven Arbeitsförderung .....	63
§ 6 [aufgehoben] .....	64
§ 7 Auswahl von Leistungen der aktiven Arbeitsförderung .....	64
§ 8 Vereinbarkeit von Familie und Beruf .....	65
§§ 8a, 8b [aufgehoben] .....	68
§ 9 Ortsnahe Leistungserbringung .....	68
§ 9a Zusammenarbeit mit den für die Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen gemeinsamen Einrichtungen und zugelassenen kommunalen Trägern .....	70
§§ 10, 11 [aufgehoben] .....	71
<b>Zweiter Abschnitt Berechtigte</b> .....	71
§ 12 Geltung der Begriffsbestimmungen .....	71
§ 13 Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter .....	71
§ 14 Auszubildende .....	72
§ 15 Ausbildung- und Arbeitsuchende .....	73
§ 16 Arbeitslose .....	74
§ 17 Drohende Arbeitslosigkeit .....	75
§ 18 Langzeitarbeitslose .....	77
§ 19 Menschen mit Behinderungen .....	80
§ 20 Berufsrückkehrende .....	82
§ 21 Träger .....	83

<b>Dritter Abschnitt Verhältnis der Leistungen aktiver Arbeitsförderung zu anderen Leistungen .....</b>	<b>84</b>
§ 22 Verhältnis zu anderen Leistungen .....	84
§ 23 Vorleistungspflicht der Arbeitsförderung .....	91
<b>Zweites Kapitel Versicherungspflicht</b>	
<b>Erster Abschnitt Beschäftigte, Sonstige Versicherungspflichtige .....</b>	<b>92</b>
§ 24 Versicherungspflichtverhältnis .....	92
§ 25 Beschäftigte .....	99
§ 26 Sonstige Versicherungspflichtige .....	103
§ 27 Versicherungsfreie Beschäftigte .....	113
§ 28 Sonstige versicherungsfreie Personen .....	121
<b>Zweiter Abschnitt Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag .....</b>	<b>124</b>
§ 28a Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag .....	124
<b>Drittes Kapitel Aktive Arbeitsförderung</b>	
<b>Erster Abschnitt Beratung und Vermittlung .....</b>	<b>133</b>
<b>Erster Unterabschnitt Beratung .....</b>	<b>133</b>
§ 29 Beratungsangebot .....	133
§ 30 Berufsberatung .....	138
§ 31 Grundsätze der Berufsberatung .....	141
§ 31a Informationen an junge Menschen ohne Anschlussperspektive; erforderliche Datenerhebung und Datenübermittlung .....	142
§ 32 Eignungsfeststellung .....	144
§ 33 Berufsorientierung .....	146
§ 34 Arbeitsmarktberatung .....	147
<b>Zweiter Unterabschnitt Vermittlung .....</b>	<b>148</b>
§ 35 Vermittlungsangebot .....	148
§ 36 Grundsätze der Vermittlung .....	158
§ 37 Potenzialanalyse und Eingliederungsvereinbarung .....	165
§ 38 Rechte und Pflichten der Ausbildung- und Arbeitsuchenden .....	171
§ 39 Rechte und Pflichten der Arbeitgeber .....	180
§ 39a Frühzeitige Förderung von Ausländerinnen und Ausländern mit Aufenthaltsgestattung .....	183
<b>Dritter Unterabschnitt Gemeinsame Vorschriften .....</b>	<b>185</b>
§ 40 Allgemeine Unterrichtung .....	185
§ 41 Einschränkung des Fragerechts .....	188
§ 42 Grundsatz der Unentgeltlichkeit .....	191

§ 43	Anordnungsermächtigung .....	194
<b>Zweiter Abschnitt Aktivierung und berufliche Eingliederung .....</b>		<b>198</b>
§ 44	Förderung aus dem Vermittlungsbudget .....	198
§ 45	Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung ....	203
§ 46	Probeschäftigung und Arbeitshilfe für Menschen mit Behinderungen .....	215
§ 47	Verordnungsermächtigung .....	218
<b>Dritter Abschnitt Berufswahl und Berufsausbildung .....</b>		<b>218</b>
<b>Erster Unterabschnitt Übergang von der Schule in die Berufsausbildung .....</b>		<b>218</b>
§ 48	Berufsorientierungsmaßnahmen .....	218
§ 48a	Berufsorientierungspraktikum .....	221
§ 49	Berufseinstiegsbegleitung .....	224
§ 50	Anordnungsermächtigung .....	229
<b>Zweiter Unterabschnitt Berufsvorbereitung .....</b>		<b>229</b>
§ 51	Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen .....	229
§ 52	Förderungsberechtigte junge Menschen .....	235
§ 53	Vorbereitung auf einen Hauptschulabschluss im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme .....	238
§ 54	Maßnahmekosten .....	240
§ 54a	Einstiegsqualifizierung .....	241
§ 55	Anordnungsermächtigung .....	249
<b>Dritter Unterabschnitt Berufsausbildungsbeihilfe .....</b>		<b>250</b>
§ 56	Berufsausbildungsbeihilfe .....	250
§ 57	Förderungsfähige Berufsausbildung .....	252
§ 58	Förderung im Ausland .....	257
§ 59	[aufgehoben] .....	260
§ 60	Förderungsberechtigter Personenkreis bei Berufsausbildung .....	260
§ 61	Bedarf für den Lebensunterhalt bei Berufsausbildung .....	263
§ 62	Bedarf für den Lebensunterhalt bei berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen .....	266
§ 63	Fahrkosten .....	269
§ 64	Sonstige Aufwendungen .....	272
§ 65	Besonderheiten beim Besuch des Berufsschulunterrichts in Blockform .....	275
§ 66	Anpassung der Bedarfssätze .....	277
§ 67	Einkommensanrechnung .....	277
§ 68	Vorausleistung von Berufsausbildungsbeihilfe .....	282

§ 69	Dauer der Förderung .....	287
§ 70	Berufsausbildungsbeihilfe für Arbeitslose .....	291
§ 71	Auszahlung .....	291
§ 72	Anordnungsermächtigung .....	292
<b>Vierter Unterabschnitt Berufsausbildung .....</b>		<b>292</b>
§ 73	Zuschüsse zur Ausbildungsvergütung für Menschen mit Behinderungen und schwerbehinderte Menschen .....	292
§ 73a	Mobilitätzuschuss .....	297
§ 74	Assistierte Ausbildung .....	300
§ 75	Begleitende Phase der Assistierten Ausbildung .....	303
§ 75a	Vorphase der Assistierten Ausbildung .....	305
§ 76	Außerbetriebliche Berufsausbildung .....	306
§§ 77 bis 79	[aufgehoben] .....	311
§ 80	Anordnungsermächtigung .....	311
<b>Fünfter Unterabschnitt Jugendwohnheime .....</b>		<b>312</b>
§ 80a	Förderung von Jugendwohnheimen .....	312
§ 80b	Anordnungsermächtigung .....	314
<b>Vierter Abschnitt Berufliche Weiterbildung .....</b>		<b>317</b>
§ 81	Grundsatz .....	317
§ 82	Förderung beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer .....	335
§ 82a	Qualifizierungsgeld .....	344
§ 82b	Höhe und Bemessung des Qualifizierungsgeldes .....	351
§ 82c	Anrechnung von Nebeneinkommen und sonstigen Zahlungen des Arbeitgebers .....	357
§ 83	Weiterbildungskosten .....	359
§ 84	Lehrgangskosten .....	362
§ 85	Fahrkosten .....	368
§ 86	Kosten für auswärtige Unterbringung und für Verpflegung .....	369
§ 87	Kinderbetreuungskosten .....	371
§ 87a	Weiterbildungsprämie und Weiterbildungsgeld .....	374
<b>Fünfter Abschnitt Aufnahme einer Erwerbstätigkeit .....</b>		<b>377</b>
<b>Erster Unterabschnitt Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung .....</b>		<b>377</b>
§ 88	Eingliederungszuschuss .....	377
§ 89	Höhe und Dauer der Förderung .....	386
§ 90	Eingliederungszuschuss für Menschen mit Behinderungen und schwerbehinderte Menschen .....	390

§ 91	Zu berücksichtigendes Arbeitsentgelt und Auszahlung des Zuschusses .....	396
§ 92	Förderungsausschluss und Rückzahlung .....	399
<b>Zweiter Unterabschnitt Selbständige Tätigkeit .....</b>		<b>407</b>
§ 93	Gründungszuschuss .....	407
§ 94	Dauer und Höhe der Förderung .....	429
<b>Sechster Abschnitt Verbleib in Beschäftigung .....</b>		<b>434</b>
<b>Erster Unterabschnitt Kurzarbeitergeld .....</b>		<b>434</b>
<b>Erster Titel Regelvoraussetzungen .....</b>		<b>434</b>
§ 95	Anspruch .....	434
§ 96	Erheblicher Arbeitsausfall .....	443
§ 97	Betriebliche Voraussetzungen .....	453
§ 98	Persönliche Voraussetzungen .....	456
§ 99	Anzeige des Arbeitsausfalls .....	465
§ 100	Kurzarbeitergeld bei Arbeitskämpfen .....	470
<b>Zweiter Titel Sonderformen des Kurzarbeitergeldes .....</b>		<b>478</b>
§ 101	Saison-Kurzarbeitergeld .....	478
§ 102	Ergänzende Leistungen .....	493
§ 103	Kurzarbeitergeld für Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter .....	503
<b>Dritter Titel Leistungsumfang .....</b>		<b>506</b>
§ 104	Dauer .....	506
§ 105	Höhe .....	511
§ 106	Nettoentgeltdifferenz .....	513
§ 106a	Erstattungen bei beruflicher Weiterbildung während Kurzarbeit .....	523
<b>Vierter Titel Anwendung anderer Vorschriften .....</b>		<b>530</b>
§ 107	Anwendung anderer Vorschriften .....	530
<b>Fünfter Titel Verfügung über das Kurzarbeitergeld .....</b>		<b>533</b>
§ 108	Verfügung über das Kurzarbeitergeld .....	533
<b>Sechster Titel Verordnungsermächtigung .....</b>		<b>538</b>
§ 109	Verordnungsermächtigung .....	538
<b>Zweiter Unterabschnitt Transferleistungen .....</b>		<b>548</b>
§ 110	Transfermaßnahmen .....	548

§ 111	Transferkurzarbeitergeld .....	552
§ 111a	Förderung der beruflichen Weiterbildung bei Transferkurzarbeitergeld .....	558
<b>Siebter Abschnitt Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben .....</b>		<b>564</b>
<b>Erster Unterabschnitt Grundsätze .....</b>		<b>564</b>
Vorbemerkung zu §§ 112 bis 129 .....		564
§ 112	Teilhabe am Arbeitsleben .....	569
§ 113	Leistungen zur Teilhabe .....	581
§ 114	Leistungsrahmen .....	585
<b>Zweiter Unterabschnitt Allgemeine Leistungen .....</b>		<b>588</b>
§ 115	Leistungen .....	588
§ 116	Besonderheiten .....	591
<b>Dritter Unterabschnitt Besondere Leistungen .....</b>		<b>598</b>
<b>Erster Titel Allgemeines .....</b>		<b>598</b>
§ 117	Grundsatz .....	598
§ 118	Leistungen .....	605
<b>Zweiter Titel Übergangsgeld und Ausbildungsgeld .....</b>		<b>607</b>
§ 119	Übergangsgeld .....	607
§ 120	Vorbeschäftigungszeit für das Übergangsgeld .....	616
§ 121	Übergangsgeld ohne Vorbeschäftigungszeit .....	619
§ 122	Ausbildungsgeld .....	621
§ 123	Ausbildungsgeld bei Berufsausbildung und Unterstützter Beschäftigung .....	624
§ 124	Ausbildungsgeld bei berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und bei Grundausbildung .....	630
§ 125	Ausbildungsgeld bei Maßnahmen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen und bei Maßnahmen anderer Leistungsanbieter nach § 60 des Neunten Buches .....	633
§ 126	Einkommensanrechnung .....	635
<b>Dritter Titel Teilnahmekosten für Maßnahmen .....</b>		<b>639</b>
§ 127	Teilnahmekosten für Maßnahmen .....	639
§ 128	Kosten für Unterkunft und Verpflegung bei anderweitiger auswärtiger Unterbringung .....	650
<b>Vierter Titel Anordnungsermächtigung .....</b>		<b>652</b>
§ 129	Anordnungsermächtigung .....	652

<b>Achter Abschnitt</b>	<b>Befristete Leistungen und innovative Ansätze</b>	653
§§ 130, 131	[aufgehoben]	653
§ 131a	Sonderregelungen zur beruflichen Weiterbildung	653
§ 131b	Weiterbildungsförderung in der Altenpflege	657
§ 132	[aufgehoben]	660
§ 133	Saison-Kurzarbeitergeld und ergänzende Leistungen im Gerüstbauerhandwerk	660
§ 134	[aufgehoben]	663
§ 135	Erprobung innovativer Ansätze	663
<b>Viertes Kapitel Arbeitslosengeld und Insolvenzgeld</b>		
<b>Erster Abschnitt</b>	<b>Arbeitslosengeld</b>	667
<b>Erster Unterabschnitt</b>	<b>Regelvoraussetzungen</b>	667
§ 136	Anspruch auf Arbeitslosengeld	667
§ 137	Anspruchsvoraussetzungen bei Arbeitslosigkeit	677
§ 138	Arbeitslosigkeit	680
§ 139	Sonderfälle der Verfügbarkeit	710
§ 140	Zumutbare Beschäftigungen	719
§ 141	Arbeitslosmeldung	726
§ 142	Anwartschaftszeit	735
§ 143	Rahmenfrist	743
§ 144	Anspruchsvoraussetzungen bei beruflicher Weiterbildung	747
<b>Zweiter Unterabschnitt</b>	<b>Sonderformen des Arbeitslosengeldes</b>	754
§ 145	Minderung der Leistungsfähigkeit	754
§ 146	Leistungsfortzahlung bei Arbeitsunfähigkeit	770
<b>Dritter Unterabschnitt</b>	<b>Anspruchsdauer</b>	788
§ 147	Grundsatz	788
§ 148	Minderung und Verlängerung der Anspruchsdauer	793
<b>Vierter Unterabschnitt</b>	<b>Höhe des Arbeitslosengeldes</b>	803
§ 149	Grundsatz	803
§ 150	Bemessungszeitraum und Bemessungsrahmen	806
§ 151	Bemessungsentgelt	816
§ 152	Fiktive Bemessung	826
§ 153	Leistungsentgelt	832
§ 154	Berechnung und Leistung	841

<b>Fünfter Unterabschnitt</b>	<b>Minderung des Arbeitslosengeldes, Zusammentreffen des Anspruchs mit sonstigem Einkommen und Ruhen des Anspruchs .....</b>	<b>842</b>
§ 155	Anrechnung von Nebeneinkommen .....	842
§ 156	Ruhen des Anspruchs bei anderen Sozialleistungen .....	850
§ 157	Ruhen des Anspruchs bei Arbeitsentgelt und Urlaubsabgeltung .....	862
§ 158	Ruhen des Anspruchs bei Entlassungsschädigung .....	870
§ 159	Ruhen bei Sperrzeit .....	882
§ 160	Ruhen bei Arbeitskämpfen .....	916
<b>Sechster Unterabschnitt</b>	<b>Erlöschen des Anspruchs .....</b>	<b>927</b>
§ 161	Erlöschen des Anspruchs .....	927
<b>Siebter Unterabschnitt</b>	<b>Teilarbeitslosengeld .....</b>	<b>933</b>
§ 162	Teilarbeitslosengeld .....	933
<b>Achter Unterabschnitt</b>	<b>Verordnungsermächtigung und Anordnungsermächtigung .....</b>	<b>938</b>
§ 163	Verordnungsermächtigung .....	938
§ 164	Anordnungsermächtigung .....	939
<b>Zweiter Abschnitt</b>	<b>Insolvenzgeld .....</b>	<b>940</b>
§ 165	Anspruch .....	940
§ 166	Anspruchsausschluss .....	962
§ 167	Höhe .....	967
§ 168	Vorschuss .....	970
§ 169	Anspruchsübergang .....	973
§ 170	Verfügungen über das Arbeitsentgelt .....	976
§ 171	Verfügungen über das Insolvenzgeld .....	981
§ 172	Datenaustausch und Datenübermittlung .....	982
<b>Dritter Abschnitt</b>	<b>Ergänzende Regelungen zur Sozialversicherung .....</b>	<b>984</b>
§ 173	Übernahme und Erstattung von Beiträgen bei Befreiung von der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung .....	984
§ 174	Übernahme von Beiträgen bei Befreiung von der Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung ....	989
§ 175	Zahlung von Pflichtbeiträgen bei Insolvenzereignis .....	995

**Fünftes Kapitel Zulassung von Trägern und Maßnahmen**

§ 176	Grundsatz .....	999
§ 177	Fachkundige Stelle .....	1004
§ 178	Trägerzulassung .....	1009
§ 179	Maßnahmezulassung .....	1011
§ 180	Ergänzende Anforderungen an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung .....	1015
§ 181	Zulassungsverfahren .....	1020
§ 182	Beirat .....	1024
§ 183	Qualitätsprüfung .....	1026
§ 184	Verordnungsermächtigung .....	1028

**Sechstes Kapitel Ergänzende vergabespezifische Regelungen**

§ 185	Vergabespezifisches Mindestentgelt für Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen .....	1034
§§ 186 bis 239	[nicht mehr belegt] .....	1036
§§ 240 bis 279a	[aufgehoben] .....	1036

**Siebtes Kapitel Weitere Aufgaben der Bundesagentur**

<b>Erster Abschnitt</b>	<b>Statistiken, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Berichterstattung .....</b>	<b>1036</b>
§ 280	Aufgaben .....	1036
§ 281	Arbeitsmarktstatistiken, Verordnungsermächtigung .....	1038
§ 282	Arbeitsmarkt- und Berufsforschung .....	1043
§ 282a	Übermittlung von Daten .....	1050
§ 282b	Speicherung, Veränderung, Nutzung, Übermittlung, Einschränkung der Verarbeitung oder Löschung von Daten für die Ausbildungsvermittlung durch die Bundesagentur .....	1054
§ 283	Arbeitsmarktberichterstattung, Weisungsrecht .....	1057
<b>Zweiter Abschnitt</b>	<b>Erteilung von Genehmigungen und Erlaubnissen .....</b>	<b>1058</b>
<b>Erster Unterabschnitt</b>	<b>Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern .....</b>	<b>1058</b>
§ 284	Arbeitsgenehmigung-EU für Staatsangehörige der neuen EU-Mitgliedstaaten .....	1058
§§ 285, 286	[aufgehoben] .....	1070
§ 287	Gebühren für die Durchführung der Vereinbarungen über Werkvertragsarbeitnehmerinnen und Werkvertragsarbeitnehmer .....	1070
§ 288	Verordnungsermächtigung und Weisungsrecht .....	1072

<b>Zweiter Unterabschnitt Beratung und Vermittlung durch Dritte ....</b>	1074
<b>Erster Titel Berufsberatung .....</b>	1074
§ 288a Untersagung der Berufsberatung .....	1074
§ 289 Offenbarungspflicht .....	1078
§ 290 Vergütungen .....	1080
<b>Zweiter Titel Ausbildungsvermittlung und Arbeitsvermittlung .....</b>	1081
§ 291 [aufgehoben] .....	1081
§ 292 Auslandsvermittlung, Anwerbung aus dem Ausland .....	1081
§§ 293 bis 295 [aufgehoben] .....	1082
§ 296 Vermittlungsvertrag zwischen Vermittlern und Arbeitsuchenden .....	1082
§ 296a Vergütungen bei Ausbildungsvermittlung .....	1088
§ 297 Unwirksamkeit von Vereinbarungen .....	1090
§ 298 Behandlung von Daten .....	1092
§ 299 Informationspflicht bei grenzüberschreitender Vermittlung .....	1094
§ 300 [aufgehoben] .....	1096
<b>Dritter Titel Verordnungsermächtigung .....</b>	1096
§ 301 Verordnungsermächtigung .....	1096
<b>Vierter Titel Verordnungsermächtigung .....</b>	1097
§§ 302, 303 [aufgehoben] .....	1097
<b>Dritter Abschnitt (weggefallen) .....</b>	1097
§§ 304 bis 308 [aufgehoben] .....	1097
<b>Achtes Kapitel Pflichten</b>	
<b>Erster Abschnitt Pflichten im Leistungsverfahren .....</b>	1097
<b>Erster Unterabschnitt Meldepflichten .....</b>	1097
§ 309 Allgemeine Meldepflicht .....	1097
§ 310 Meldepflicht bei Wechsel der Zuständigkeit .....	1104
<b>Zweiter Unterabschnitt Anzeige-, Nachweis- und Bescheinigungspflichten .....</b>	1106
§ 311 Anzeige- und Nachweispflichten bei Arbeitsunfähigkeit und stationärer Behandlung .....	1106
§ 312 Arbeitsbescheinigung .....	1112
§ 312a Arbeitsbescheinigung für Zwecke des über- und zwischenstaatlichen Rechts .....	1118
§ 313 Nebeneinkommensbescheinigung .....	1121

§ 313a	Bescheinigungsverfahren .....	1124
§ 314	Insolvenzgeldbescheinigung .....	1128
<b>Dritter Unterabschnitt Auskunfts-, Mitwirkungs- und Duldungspflichten .....</b>		
§ 315	Allgemeine Auskunftspflicht Dritter .....	1131
§ 316	Auskunftspflicht bei Leistung von Insolvenzgeld .....	1140
§ 317	Auskunftspflicht bei Kurzarbeitergeld und Wintergeld .....	1142
§ 318	Auskunftspflicht bei Maßnahmen der beruflichen Aus- oder Weiterbildung, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung .....	1144
§ 319	Mitwirkungs- und Duldungspflichten .....	1148
<b>Vierter Unterabschnitt Sonstige Pflichten .....</b>		
§ 320	Berechnungs-, Auszahlungs-, Aufzeichnungs- und Anzeigepflichten .....	1153
<b>Zweiter Abschnitt Schadensersatz bei Pflichtverletzungen .....</b>		
§ 321	Schadensersatz .....	1161
<b>Dritter Abschnitt Verordnungsermächtigung und Anordnungsermächtigung .....</b>		
§ 321a	Verordnungsermächtigung .....	1167
§ 322	Anordnungsermächtigung .....	1167
<b>Neuntes Kapitel Gemeinsame Vorschriften für Leistungen</b>		
<b>Erster Abschnitt Antrag und Fristen .....</b>		
§ 323	Antragserfordernis .....	1168
§ 324	Antrag vor Leistung .....	1177
§ 325	Wirkung des Antrages .....	1183
§ 326	Ausschlußfrist für Gesamtabrechnung .....	1186
<b>Zweiter Abschnitt Zuständigkeit .....</b>		
§ 327	Grundsatz .....	1189
<b>Dritter Abschnitt Leistungsverfahren in Sonderfällen .....</b>		
§ 328	Vorläufige Entscheidung .....	1196
§ 329	Einkommensberechnung in besonderen Fällen .....	1207
§ 330	Sonderregelungen für die Aufhebung von Verwaltungsakten .....	1208
§ 331	Vorläufige Zahlungseinstellung .....	1218
§ 332	Übergang von Ansprüchen .....	1223
§ 333	Aufrechnung .....	1227

§ 334	Pfändung von Leistungen .....	1231
§ 335	Erstattung von Beiträgen zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung .....	1233
§ 336	[aufgehoben] .....	1243
§ 336a	Wirkung von Widerspruch und Klage .....	1243
<b>Vierter Abschnitt Auszahlung von Geldleistungen .....</b>		<b>1246</b>
§ 337	Auszahlung im Regelfall .....	1246
<b>Fünfter Abschnitt Berechnungsgrundsätze .....</b>		<b>1249</b>
§ 338	Allgemeine Berechnungsgrundsätze .....	1249
§ 339	Berechnung von Zeiten .....	1251
<b>Zehntes Kapitel Finanzierung</b>		
<b>Erster Abschnitt Finanzierungsgrundsatz .....</b>		<b>1253</b>
§ 340	Aufbringung der Mittel .....	1253
<b>Zweiter Abschnitt Beiträge und Verfahren .....</b>		<b>1254</b>
<b>Erster Unterabschnitt Beiträge .....</b>		<b>1254</b>
§ 341	Beitragsatz und Beitragsbemessung .....	1254
§ 342	Beitragspflichtige Einnahmen Beschäftigter .....	1256
§ 343	[aufgehoben] .....	1258
§ 344	Sonderregelungen für beitragspflichtige Einnahmen Beschäftigter .....	1259
§ 345	Beitragspflichtige Einnahmen sonstiger Versicherungspflichtiger .....	1261
§ 345a	Pauschalierung der Beiträge .....	1265
§ 345b	Beitragspflichtige Einnahmen bei einem Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag .....	1266
<b>Zweiter Unterabschnitt Verfahren .....</b>		<b>1268</b>
§ 346	Beitragstragung bei Beschäftigten .....	1268
§ 347	Beitragstragung bei sonstigen Versicherten .....	1271
§ 348	Beitragszahlung für Beschäftigte .....	1274
§ 349	Beitragszahlung für sonstige Versicherungspflichtige .....	1275
§ 349a	Beitragstragung und Beitragszahlung bei einem Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag .....	1279
§ 350	Meldungen der Sozialversicherungsträger .....	1279
§ 351	Beitragserrstattung .....	1280

<b>Dritter Unterabschnitt</b>	<b>Verordnungsermächtigung, Anordnungsermächtigung und Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften .....</b>	<b>1282</b>
§ 352	Verordnungsermächtigung .....	1282
§ 352a	Anordnungsermächtigung .....	1284
§ 353	Ermächtigung zum Erlass von Verwaltungsvorschriften .....	1286
<b>Dritter Abschnitt</b>	<b>Umlagen .....</b>	<b>1287</b>
<b>Erster Unterabschnitt</b>	<b>Winterbeschäftigungs-Umlage .....</b>	<b>1287</b>
§ 354	Grundsatz .....	1287
§ 355	Höhe der Umlage .....	1289
§ 356	Umlageabführung .....	1291
§ 357	Verordnungsermächtigung .....	1292
<b>Zweiter Unterabschnitt</b>	<b>Umlage für das Insolvenzgeld .....</b>	<b>1296</b>
§ 358	Aufbringung der Mittel .....	1296
§ 359	Einzug und Weiterleitung der Umlage .....	1300
§ 360	Umlagesatz .....	1300
§ 361	Verordnungsermächtigung .....	1301
§ 362	[aufgehoben] .....	1303
<b>Vierter Abschnitt</b>	<b>Beteiligung des Bundes .....</b>	<b>1303</b>
§ 363	Finanzierung aus Bundesmitteln .....	1303
§ 364	Liquiditätshilfen .....	1304
§ 365	Stundung von Darlehen .....	1305
<b>Fünfter Abschnitt</b>	<b>Rücklage und Versorgungsfonds .....</b>	<b>1306</b>
§ 366	Bildung und Anlage der Rücklage .....	1306
§ 366a	Versorgungsfonds .....	1307
<b>Elftes Kapitel</b>		
<b>Organisation und Datenschutz</b>		
<b>Erster Abschnitt</b>	<b>Bundesagentur für Arbeit .....</b>	<b>1313</b>
§ 367	Bundesagentur für Arbeit .....	1313
§ 368	Aufgaben der Bundesagentur .....	1320
§ 368a	[aufgehoben] .....	1328
§ 369	Besonderheiten zum Gerichtsstand .....	1329
§ 370	Beteiligung an Gesellschaften .....	1331

<b>Zweiter Abschnitt Selbstverwaltung</b> .....	1333
<b>Erster Unterabschnitt Verfassung</b> .....	1333
§ 371 Selbstverwaltungsorgane .....	1333
§ 372 Satzung und Anordnungen .....	1340
§ 373 Verwaltungsrat .....	1343
§ 374 Verwaltungsausschüsse .....	1345
§ 374a [aufgehoben] .....	1346
§ 375 Amtsdauer .....	1347
§ 376 Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen .....	1348
<b>Zweiter Unterabschnitt Berufung und Abberufung</b> .....	1349
§ 377 Berufung und Abberufung der Mitglieder .....	1349
§ 378 Berufungsfähigkeit .....	1352
§ 379 Vorschlagsberechtigte Stellen .....	1354
<b>Dritter Unterabschnitt Neutralitätsausschuss</b> .....	1356
§ 380 Neutralitätsausschuss .....	1356
<b>Dritter Abschnitt Vorstand und Verwaltung</b> .....	1358
§ 381 Vorstand der Bundesagentur .....	1358
§ 382 Rechtsstellung der Vorstandsmitglieder .....	1361
§ 383 Geschäftsführung der Agenturen für Arbeit .....	1365
§ 384 Geschäftsführung der Regionaldirektionen .....	1366
§ 385 Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt .....	1367
§ 386 Innenrevision .....	1369
§ 387 Personal der Bundesagentur .....	1371
§ 388 Ernennung der Beamtinnen und Beamten .....	1374
§ 389 Anstellungsverhältnisse oberster Führungskräfte .....	1375
§ 390 Außertarifliche Arbeitsbedingungen und Vergütungen .....	1378
§ 391 [aufgehoben] .....	1381
§ 392 Obergrenzen für Beförderungsjämter .....	1381
<b>Vierter Abschnitt Aufsicht</b> .....	1382
§ 393 Aufsicht .....	1382
<b>Fünfter Abschnitt Datenschutz</b> .....	1384
§ 394 Verarbeitung von Sozialdaten durch die Bundesagentur .....	1384
§ 395 Datenübermittlung an Dritte; Verarbeitung von Sozialdaten durch nicht-öffentliche Stellen .....	1393
§ 396 Kennzeichnungs- und Maßregelungsverbot .....	1394
§ 397 Automatisierter Datenabgleich .....	1395

---

§ 398	Datenübermittlung durch beauftragte Dritte .....	1401
§§ 399 bis 403	(weggefallen) .....	1402
<b>Zwölftes Kapitel Bußgeldvorschriften</b>		
<b>Erster Abschnitt</b>	<b>Bußgeldvorschriften</b> .....	1402
§ 404	Bußgeldvorschriften .....	1402
§ 405	Zuständigkeit, Vollstreckung und Unterrichtung .....	1416
<b>Zweiter Abschnitt</b>	<b>[aufgehoben]</b> .....	1419
§§ 406, 407	[aufgehoben] .....	1419
<b>Dreizehntes Kapitel Sonderregelungen</b>		
<b>Erster Abschnitt</b>	<b>[aufgehoben]</b> .....	1419
§§ 408 bis 416a	[aufgehoben] .....	1419
<b>Zweiter Abschnitt</b>	<b>Ergänzungen für übergangswise mögliche Leistungen und zeitweilige Aufgaben</b> .....	1419
§ 417	Sonderregelung zum Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ .....	1419
§ 418	Tragung der Beiträge zur Arbeitsförderung bei Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer .....	1422
§ 419	[aufgehoben] .....	1426
§ 420	Versicherungsfreiheit von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Programms Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt .....	1426
§ 421	Förderung der Teilnahme an Sprachkursen .....	1427
§ 421a	Arbeiten in Maßnahmen des Arbeitsmarktprogramms Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen .....	1434
§ 421b	Erprobung einer zentralen Servicestelle für anerkennungssuchende Fachkräfte im Ausland .....	1438
§ 421c	Vorübergehende Sonderregelung im Zusammenhang mit Kurzarbeit .....	1440
§ 421d	Vorübergehende Sonderregelungen zum Arbeitslosengeld .....	1442
§ 421e	Vorübergehende Sonderregelungen im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union .....	1446
§ 421f	Übermittlung von Daten zum Bezug von Kurzarbeitergeld .....	1449
<b>Dritter Abschnitt</b>	<b>Grundsätze bei Rechtsänderungen</b> .....	1450
§ 422	Leistungen der aktiven Arbeitsförderung .....	1450
§§ 423, 424	[aufgehoben] .....	1454

<b>Vierter Abschnitt</b>	<b>Sonderregelungen im Zusammenhang mit der Einordnung des Arbeitsförderungsrechts in das Sozialgesetzbuch .....</b>	<b>1454</b>
§ 425	Übergang von der Beitrags- zur Versicherungspflicht .....	1454
§§ 426, 427	[aufgehoben] .....	1456
§ 427a	Gleichstellung von Mutterschaftszeiten .....	1456
§§ 428, 429	[aufgehoben] .....	1459
§ 430	Sonstige Entgeltersatzleistungen .....	1459
§§ 431 bis 433	[aufgehoben] .....	1461
<b>Fünfter Abschnitt</b>	<b>Übergangsregelungen aufgrund von Änderungsgesetzen .....</b>	<b>1461</b>
§ 434	Gesetz zur Reform der Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit .....	1461
§ 435	Gesetz zur Vereinfachung der Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat .....	1463
§ 436	Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt .....	1463
§ 437	Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ..	1464
§ 438	[aufgehoben] .....	1466
§ 439	Siebtes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze .....	1466
§ 440	Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente .....	1467
§ 441	Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung .....	1468
§ 442	Beschäftigungschancengesetz .....	1468
§ 443	Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt .....	1469
§ 444	Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung .....	1471
§ 444a	Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung .....	1472
§ 445	Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes .....	1474
§ 445a	Gesetz zur Anpassung der Berufsausbildungsbeihilfe und des Ausbildungsgeldes .....	1474
§ 446	Zweites Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften .....	1476
§ 447	Gesetz zur Stärkung der Chancen für Qualifizierung und für mehr Schutz in der Arbeitslosenversicherung .....	1477
§ 448	Gesetz zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern .....	1480
§ 449	Gesetz zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung .....	1481

---

§ 450	Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung .....	1483
§ 451	Siebtes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze .....	1485
§ 452	Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts .....	1487
§ 453	Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen und zur Änderung anderer Gesetze .....	1489
§ 454	Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung .....	1490
§ 455	Siebenundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes .....	1491
§ 455a	Neunundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes .....	1492
§ 456	Zwölftes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze – Einführung eines Bürgergeldes .....	1493
§ 457	Achtes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze .....	1495
§ 458	Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung .....	1497
§ 459	Übergangsregelung aus Anlass des Haushaltsfinanzierungsgesetzes 2024 .....	1498
Anhang: Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz im Arbeitsförderungsrecht .....		1499
Stichwortverzeichnis .....		1523

# Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III) – Arbeitsförderung –

Vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 594)  
(FNA 860-3)

zuletzt geändert durch Art. 60 Viertes BürokratieentlastungsG vom 23.10.2024  
(BGBl. 2024 I Nr. 323)

## Erstes Kapitel Allgemeine Vorschriften

### Erster Abschnitt Grundsätze

#### § 1 Ziele der Arbeitsförderung

(1) <sup>1</sup>Die Arbeitsförderung soll dem Entstehen von Arbeitslosigkeit entgegenwirken, die Dauer der Arbeitslosigkeit verkürzen und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt unterstützen. <sup>2</sup>Dabei ist insbesondere durch die Verbesserung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden. <sup>3</sup>Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist als durchgängiges Prinzip der Arbeitsförderung zu verfolgen. <sup>4</sup>Die Arbeitsförderung soll dazu beitragen, dass ein hoher Beschäftigungsstand erreicht und die Beschäftigungsstruktur ständig verbessert wird. <sup>5</sup>Sie ist so auszurichten, dass sie der beschäftigungspolitischen Zielsetzung der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung entspricht.

(2) Die Leistungen der Arbeitsförderung sollen insbesondere

1. die Transparenz auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erhöhen, die berufliche und regionale Mobilität unterstützen und die zügige Besetzung offener Stellen ermöglichen,
2. die individuelle Beschäftigungsfähigkeit durch Erhalt und Ausbau von Fertigkeiten, Kenntnissen und Fähigkeiten fördern,
3. unterwertiger Beschäftigung entgegenwirken und
4. die berufliche Situation von Frauen verbessern, indem sie auf die Beseitigung bestehender Nachteile sowie auf die Überwindung eines geschlechtsspezifisch geprägten Ausbildungs- und Arbeitsmarktes hinwirken und Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit gefördert werden.

(3) <sup>1</sup>Die Bundesregierung soll mit der Bundesagentur zur Durchführung der Arbeitsförderung Rahmenziele vereinbaren. <sup>2</sup>Diese dienen der Umsetzung der Grundsätze dieses Buches. <sup>3</sup>Die Rahmenziele werden spätestens zu Beginn einer Legislaturperiode überprüft.

**Literatur:** *Bieback*, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, in: *Bieback* (Hrsg.), SGB II und SGB III, Arbeitsmarktpolitik und Sozialrecht, 2011, 1–16; *Broer*, Arbeitslosenversicherung und Einkommensteuer – wie sollen die Beiträge zur und die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung besteuert werden?, *DStZ* 2019, 42–52; *Daniels/König*, Weiterbildung tut not – Qualifizierungschancengesetz, *PersR* 2020, Nr. 2, 33–35; *Giesen*,

Rechtliche Fragen des Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Instrumente zur Krisenbewältigung, SDRV Nr. 64, 71–92 (2014); *Jabben/Kreikebohm/Rodewald*, Das gegliederte Sozialleistungssystem am Beispiel der Teilhabeleistungen aus der Sicht eines Rentenversicherungsträgers, NZS 2012, 727–733; *Knuth*, Vorschläge für eine solidarische und sozialinvestive Arbeitsmarktpolitik, NDV 2017, 513–519; *Martini*, Das Prinzip des Gender Mainstreaming – Demaskierung eines freundlichen Gespenstes, AiB 2003, 149–156; *Palsherm*, Die staatliche Lenkung des Arbeitsmarktes – Eine Untersuchung der grundlegenden verfassungs-, einfach-, europa- und völkerrechtlichen Rahmenbedingungen der Arbeitsförderung, Diss. Potsdam 2004; *Rauch/Tophoven*, Integration in den Arbeitsmarkt, Teilhabe von Menschen mit Förder- und Unterstützungsbedarf, Grundwissen Soziale Arbeit Band 36, 2020; *Rolfs*, Arbeitslosenversicherung – Eingliederungsbeitrag – 2008 – Verfassungsmäßigkeit – Klagebefugnis – Rechtsschutzbedürfnis, SGB 2013, 179–183; *Voelzke*, Arbeitsförderungsrecht – Versicherungs- und Subventionsrecht, in: Bender u. a. (Hrsg.), Sozialrecht – eine Terra incognita, 2009, 175–192; *von Donat/Giesen/Hase/Schnitzler*, Funktionswandel der Sozialversicherung – von der Arbeitnehmer- zur Unternehmenshilfe und zum Marktakteur, 2013; *Welti*, Gesundheitsförderung und Prävention im System der Sozialversicherung seit Inkrafttreten des Präventionsgesetzes, VSSAR 2019, 313–327.

## I. Allgemeines

- 1 Die Regelung zu den Zielen der Arbeitsförderung wurde mit Wirkung zum 1.1.2002 durch das **Job-AQTIV-Gesetz** vom 10.12.2001<sup>1</sup> neu gefasst. Ihr dritter Absatz wurde sogar erst durch das „3. Hartz-Gesetz“<sup>2</sup> zum 1.1.2004 eingefügt. Die aktuelle Fassung beruht auf dem Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vom 21.12.2008<sup>3</sup> mWv 1.1.2009. Sie ist seither unverändert geblieben.
- 2 Die Vorschrift ist ein typisches Beispiel für den schon nicht mehr ganz neuen Trend in der Sozialgesetzgebung, „eine Reihe von programmatischen Regelungen“ voranzustellen, „die ohne unmittelbaren normativen Gehalt sind“<sup>4</sup>. Immerhin als Auslegungsregel könnte einer Vorschrift wie § 1 SGB III Bedeutung zukommen.<sup>5</sup> Der dritte und zuletzt angefügte Absatz hat immerhin normativen Gehalt, wengleich auch hier die „Vereinbarung von Rahmenzielen“ sehr weit interpretiert werden kann.

## II. Die grundsätzliche „Programmatik“ (Abs. 1)

- 3 Dafür weist Abs. 1 gleich mehrere Begriffe auf, denen auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung bisher keine Kontur verschafft werden konnte. Was ein hoher Beschäftigungsstand ist, wurde in den – im Rückblick goldenen – 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts ganz anders beurteilt als unter Bedingungen hartnäckiger Langzeitarbeitslosigkeit von Millionen Menschen. Für die Beschäftigungsstruktur, die ebenfalls in Abs. 1 S. 1 genannt wird, hat Timme<sup>6</sup> nicht weniger als acht mögliche Adjektive ausgemacht: qualifikationspezifisch, einkommenspezifisch, gruppenspezifisch, auf Arbeitsbedingungen bezogen, auf Risikogruppen bezogen, chancenspezifisch, sektoral und regional. Damit ist klar, welche Aussagekraft der alleinigen Verwendung des Substantivs im Gesetzestext in Wahrheit zukommt.

1 BGBl. 2001 I 3443.

2 Drittes Gesetz für Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt v. 23.12.2003, BGBl. I 2848.

3 BGBl. 2008 I 2917.

4 Brand/Kühl § 1 Rn. 3; BSG 12.12.2017 – B 11 AL 26/16 R, juris Rn. 24.

5 So HessLSG 23.4.2003 – L 6 AL 671/02; BSG 11.5.1999 – B 11 AL 45/98 R, BSGE 84, 67–75.

6 Hauck/Noftz/Timme, SGB III, 2013, K Rn. 13.

Abs. 1 S. 1 hält die Selbstverständlichkeit für ausdrücklich erwähnenswert, dass Leistungen der Arbeitsförderung der Entstehung oder Verkürzung von Arbeitslosigkeit dienen sollen. 4

Selbstverständlich darf „gender mainstreaming“ in einem modernen Gesetz keinesfalls fehlen. „Gleichstellung von Frauen und Männern“ soll dabei nach § 1 Abs. 3 mehr meinen als „nur“ Frauenförderung iSd § 8 SGB III aF, sondern eher und zumindest auch in die Richtung des § 8 Abs. 1 SGB III nF zielen,<sup>7</sup> dh auch Männern, die sich der Familienarbeit gewidmet haben, zusätzliche Unterstützung angeeignet zu lassen. 5

Soweit sich die jeweilige Bundesregierung nach Abs. 1 S. 5 selbst noch den Zielen des **Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes** auch in ihrem Handeln verpflichtet fühlt, soll sich die BA bei ihrem Einsatz von Leistungen daran orientieren und obendrein auch noch der **Finanzpolitik** der Bundesregierung entsprechen (Abs. 1 S. 4). Nur Letzteres war noch nicht im Vorläufergesetz, dem AFG von 1969, enthalten. Die BA ist als Betreiberin eines Internetportals („Jobbörse“) berechtigt, durch Verwaltungsakt Benutzerkontos zu deaktivieren, wenn diese gegen die Nutzungsbedingung (hier Angebote/Vermittlungen in Stellen im prostitutionsnahen bzw. Prostitutionsgewerbe) verstoßen.<sup>8</sup> 6

### III. Leistungsinhalte und -ziele der Arbeitsförderung in Beispielen (Abs. 2)

Nach diesen sehr allgemein gehaltenen Zielen will Abs. 2 mit vier, wegen Verwendung des Wortes „insbesondere“ nicht abschließend aufgezählten Beispielen deutlich (er) machen, was mit den Leistungen der Arbeitsförderung nach dem SGB III erreicht werden soll. In den späteren Kapiteln des Gesetzes, besonders zur Arbeitsvermittlung und zur Qualifizierung von Arbeitnehmern und Arbeitslosen wird auf diese Beispiele näher eingegangen. Erwähnt sei nur, dass Abs. 2 Nr. 4 erst mit dem Job-AQTIV-Gesetz Bestandteil des SGB III wurde. Vor allem das Konzept des „**lebenslangen Lernens**“ soll zur Verbreitung unterwertiger Beschäftigung und damit auch deutlich höheren Risiken der Arbeitslosigkeit unter älteren Arbeitnehmern entgegenwirken. 7

Die Zielsetzung des § 1 Abs. 2 Nr. 4 SGB III (jetzt Nr. 3) ist im Wege der teleologischen Auslegung auch auf **unterwertige selbstständige Tätigkeiten** auszuweiten.<sup>9</sup> Hingegen scheidet eine Förderung aus dem Vermittlungsbudget aus, wenn sie unmittelbar und alleine auf die Aufnahme eines Bundesfreiwilligendienstes ausgerichtet ist.<sup>10</sup>

### IV. Ermöglichung von öffentlich-rechtlichen Verträgen zwischen BA und BMAS (Abs. 3)

Durch die nachträglich mit Wirkung zum 1.1.2004 eingefügte Regelung in Abs. 3 werden einerseits Grundsätze und Ziele für die Anwendung der nachfolgenden Bestimmungen des Gesetzes aufgestellt. Andererseits bildet Abs. 3 S. 1 aber auch die gesetzliche Grundlage für den Abschluss von Rahmenzielvereinbarungen 8

7 Hauck/Noftz/Timme, SGB III, 2013, K Rn. 14.

8 LSG RhPf 26.1.2017 – L 1 AL 67/15.

9 LSG Bln-Bbg 26.5.2010 – L 29 AL 117/10 B ER.

10 BSG 12.12.2017 – B 11 AL 26/16 R, SozR 4-4300 § 44 Nr. 1.

zwischen der BA und der BReg.<sup>11</sup> Ob die Rahmenziele erreicht wurden, ist sinnigerweise spätestens erst zu Beginn einer neuen Legislaturperiode, dh von einer neuen Regierung, zu überprüfen.

- 9 Auf eine Vereinbarung nach Abs.3 S.1 finden die Vorschriften der §§ 53 ff. SGB X Anwendung, da sie einen öffentlich-rechtlichen Vertrag darstellt. Die Vereinbarung muss daher schriftlich getroffen werden (§ 56 SGB X) und sie kann in Rechte Dritter nur eingreifen, wenn diese zugestimmt haben (§ 57 SGB X).
- 10 Die Gesetzesbegründung<sup>12</sup> verwendet ausdrücklich die Begriffe „Agency-Modell“ und „Kontraktmanagement“, um die – bewusst neu gestaltete – Beziehung zwischen Regierung und BA zu charakterisieren. Statt des „Genehmigungs-/Zustimmungsmodells“ soll die Steuerung künftig über **Zielvereinbarungen** erfolgen. Diese sollen in einer ersten Stufe die zu erreichenden beschäftigungspolitischen Ziele benennen.
- 11 Dabei ist auch ausdrücklich vorgesehen, dass bei Abschluss einer solchen Vereinbarung nach Abs.3 von den Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung abgewichen werden kann; s. §77a S.3 SGB IV.<sup>13</sup> Damit soll dem Ziel einer „Steigerung der Flexibilität des Handelns der Bundesagentur für Arbeit“ gedient werden. Allerdings wird auch sogleich die Vorgabe gemacht, dass durch das Abweichen keine Mehrausgaben entstehen dürfen. Inzwischen wurde eine Rahmenzielvereinbarung geschlossen und auf der Homepage des BMAS veröffentlicht.<sup>14</sup>

### Anhang: Zu § 1 Abs. 3 SGB III

#### § 77a SGB IV Geltung von Haushaltsvorschriften des Bundes für die Bundesagentur für Arbeit

<sup>1</sup>Für die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie für die sonstige Haushaltswirtschaft der Bundesagentur für Arbeit gelten die Vorschriften der Bundeshaushaltsordnung sinngemäß. <sup>2</sup>Die allgemeinen Grundsätze der Haushaltswirtschaft des Bundes sind zu beachten. Abweichungen von Satz 1 können nach § 1 Absatz 3 des Dritten Buches vereinbart werden.

## § 2 Zusammenwirken mit den Agenturen für Arbeit

(1) Die Agenturen für Arbeit erbringen insbesondere Dienstleistungen für Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, indem sie

1. Arbeitgeber regelmäßig über Ausbildungs- und Arbeitsmarktentwicklungen, Ausbildungsuchende, Fachkräfteangebot und berufliche Bildungsmaßnahmen informieren sowie auf den Betrieb zugeschnittene Arbeitsmarktberatung und Vermittlung anbieten und
2. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Vorbereitung der Berufswahl und zur Erschließung ihrer beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten be-

11 Diese wohl vertreten durch das BMAS.

12 BT-Drs. 15/1515, 76.

13 Abgedruckt als Anhang zu dieser Kommentierung.

14 Rahmenzielvereinbarung zwischen der Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, und der Bundesagentur für Arbeit zur Durchführung der Arbeitsförderung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (RZV SGB III), Stand: 30.11.2022, <https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Arbeitsmarkt/rzv-sgb3-bericht-2022.html> (aufgerufen am 4.2.2025).

raten, Vermittlungsangebote zur Ausbildungs- oder Arbeitsaufnahme entsprechend ihren Fähigkeiten unterbreiten sowie sonstige Leistungen der Arbeitsförderung erbringen.

(2) <sup>1</sup>Die Arbeitgeber haben bei ihren Entscheidungen verantwortungsvoll deren Auswirkungen auf die Beschäftigung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und von Arbeitslosen und damit die Inanspruchnahme von Leistungen der Arbeitsförderung einzubeziehen. <sup>2</sup>Sie sollen dabei insbesondere

1. im Rahmen ihrer Mitverantwortung für die Entwicklung der beruflichen Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Anpassung an sich ändernde Anforderungen sorgen,
2. vorrangig durch betriebliche Maßnahmen die Inanspruchnahme von Leistungen der Arbeitsförderung sowie Entlassungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vermeiden,
3. Arbeitnehmer vor der Beendigung des Arbeitsverhältnisses frühzeitig über die Notwendigkeit eigener Aktivitäten bei der Suche nach einer anderen Beschäftigung sowie über die Verpflichtung zur Meldung nach § 38 Abs.1 bei der Agentur für Arbeit informieren, sie hierzu freistellen und die Teilnahme an erforderlichen Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung ermöglichen.

(3) <sup>1</sup>Die Arbeitgeber sollen die Agenturen für Arbeit frühzeitig über betriebliche Veränderungen, die Auswirkungen auf die Beschäftigung haben können, unterrichten. <sup>2</sup>Dazu gehören insbesondere Mitteilungen über

1. zu besetzende Ausbildungs- und Arbeitsstellen,
2. geplante Betriebserweiterungen und den damit verbundenen Arbeitskräftebedarf,
3. die Qualifikationsanforderungen an die einzustellenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
4. geplante Betriebseinschränkungen oder Betriebsverlagerungen sowie die damit verbundenen Auswirkungen und
5. Planungen, wie Entlassungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vermieden oder Übergänge in andere Beschäftigungsverhältnisse organisiert werden können.

(4) <sup>1</sup>Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bei ihren Entscheidungen verantwortungsvoll deren Auswirkungen auf ihre beruflichen Möglichkeiten einzubeziehen. <sup>2</sup>Sie sollen insbesondere ihre berufliche Leistungsfähigkeit den sich ändernden Anforderungen anpassen.

(5) Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben zur Vermeidung oder zur Beendigung von Arbeitslosigkeit insbesondere

1. ein zumutbares Beschäftigungsverhältnis fortzusetzen,
2. eigenverantwortlich nach Beschäftigung zu suchen, bei bestehendem Beschäftigungsverhältnis frühzeitig vor dessen Beendigung,
3. eine zumutbare Beschäftigung aufzunehmen und
4. an einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme teilzunehmen.

Literatur: *Barrein*, Annahmeverzug bei unterlassener Vermittlung durch die Agentur für Arbeit, ArbR 2023, 496; *Barrein*, Vergütungsansprüche bis zum Ablauf der Kündigungsfrist – Einflüsse der Regelung des § 2 V SGB III, NZA 2023, 1564–1572; *Beige*, Die Wirkung von § 2 SGB III

auf das Arbeitsrecht – Zugleich eine verfassungsrechtliche Analyse zur Existenzberechtigung wirkungsloser Normen, Studien zum Sozialrecht Bd. 41, 2014; *Bissels/Barrein*, Auskunftsansprüche des Arbeitgebers in Zusammenhang mit der Geltendmachung von Annahmeverzugslohn durch den Arbeitnehmer, jurisPR-ArbR 48/2023 Anm. 6; *Davilla*, Die Eigenverantwortung im SGB III und SGB II, Obliegenheiten und Sanktionen zur Beendigung von Arbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit, Diss. Köln 2010; *Deinert*, Arbeitsmarkt- und Eigenverantwortung der Arbeitsvertragsparteien, Gesellschaftliche Bewegungen – Recht unter Beobachtung und in Aktion 2016, 259–274; *Deinert*, Kündigungsabwendung durch Beförderung, Grundlagen des Arbeits- und Sozialrechts 2021, 171–180; *Eichenhofer*, Recht des aktivierenden Wohlfahrtsstaates, Schriften zum Sozialrecht Band 27, 2013; *El Cherif*, Die Informationspflicht des Arbeitgebers gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 SGB III und die Meldeobligenheit des Arbeitnehmers gemäß § 37b SGB III, Diss. Berlin 2005; *Fuhrott*, Arbeitgeberseitige Unterrichtungspflichten gegenüber der Arbeitsagentur bei Betriebsänderungen, Beilage zu FA 2013, 34–37; *Geiger*, Kann die vermittlungsschädliche Verspätung einer Arbeitsuchmeldung eine Sperrzeit begründen? Zugleich Anmerkung zu LSG NRW vom 25.9.2014 – L 9 AL 236/13, info also 2015, 106–110; *Geiger*, Ohne Arbeitsuchend-Meldung kein Verzugslohn? – Arbeitsrechtliche Irrwege ins Sozialrecht, info also 2023, 156–159; *Isenhardt*, Annahmeverzugslohn – Neue Risikoverteilung bei der Anrechnung anderweitigen Erwerbs, Infobrief ArbeitsR 2021, 3–6; *Kern/Kirsch*, Anrechnung von böswillig unterlassenem Erwerb auf Annahmeverzugslohn, ArbR 2023, 224–227; *Marburger*, Zusammenarbeit öffentlich-rechtlicher Arbeitgeber mit den Agenturen für Arbeit, DÖD 2010, 125–129; *Mitsch*, Gesetzliche Informationspflichten des Arbeitgebers als Konkretisierung seiner allgemeinen Fürsorgepflicht, Diss. Gießen 2007; *Oberthür*, Die Pflichtenstellung der Arbeitnehmer im Annahmeverzug der Arbeitgeberin, Jb ArbR 60 (2023), 55–72; *Pletke/Siebert*, Steuerung des Annahmeverzugslohnrisikos: Weiterentwicklung der Rechtsprechung des BAG, öAT 2023, 224–227; *Spilger*, Anrechnung auf entgangenen Zwischenverdienst, jurisPR-ArbR 34/2023 Anm. 3; *Spilger*, Böswilliges Unterlassen anderweitigen Verdienstes, jurisPR-ArbR 50/2023 Anm. 5; *Voelzke*, Kein Schadensersatzanspruch des Arbeitnehmers wegen unterlassener Aufklärung über Pflicht zur unverzüglichen Meldung bei Agentur für Arbeit, Anmerkung zu BAG 8. Senat, Urteil vom 29. September 2005, 8 AZR 571/04, jurisPR-SozR 3/2006 Anm. 2; *Weiser*, Unterstützungsstrukturen für die Arbeitsmarktintegration geflüchteter Menschen, ArchsozArb 2020, Nr. 3, 22–31; *Werthebach*, Annahmeverzugslohn: Anrechnung von böswillig unterlassenem Verdienst auf einen Vergütungsanspruch wegen Annahmeverzugs AnwZert ArbR 23/2021 Anm. 2.

## I. Allgemeines

- 1 Die Vorschrift wurde zwar schon 1998 eingeführt, aber durch das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20.12.2011<sup>1</sup> mWV 1.4.2012 wesentlich umgestaltet und neu gefasst.
- 2 § 2 präzisiert die in § 1 aufgestellten Ziele insofern, als anders als in der bisherigen Fassung nicht mehr nur von einer besonderen Verantwortung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Rede ist, sondern ein Zusammenwirken von Arbeitgebern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitsagenturen gefördert wird. Damit wird deutlich, dass der Staat an den Zielen „hoher Beschäftigungsstand“ und „Verbesserung der Beschäftigungsstruktur“ aktiver mitwirken soll als bisher. Damit wird ausdrücklich klargestellt, dass nicht nur Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Verantwortung tragen. § 2 Abs. 3 fordert nunmehr, dass der Arbeitgeber frühzeitig die Arbeitsagentur über betriebliche Veränderungen, die Auswirkungen auf die Beschäftigung haben können, informieren soll. Förderungsfähig sind nur Maßnahmen, die zur Verbesserung der Eingliederungsaussichten geeignet und erforderlich sind. Eine Beschäftigung ist nicht schon deshalb unzumutbar ist, weil sie nicht zum Kreis der Beschäftigung

1 BGBl. 2011 I 2854.

gen gehört, für die der Arbeitnehmer ausgebildet ist oder die er bisher ausgeübt hat.<sup>2</sup>

## II. Arbeitsagentur als Dienstleister (Abs. 1)

In Abs. 1 wird die Rolle der **BA als Dienstleister für Arbeitnehmer und Arbeitgeber** betont. Dabei erfolgt formulierungsmäßig ein Vorgriff auf einige der Leistungen, die an späterer Stelle im Gesetz im Detail geregelt sind. 3

## III. Verantwortlichkeiten der Arbeitgeber (Abs. 2)

In der Aufzählung einzelner **Verantwortlichkeiten von Arbeitgebern** gegenüber ihren Beschäftigten in Abs. 2 könnte man eine arbeitsmarktbezogene Präzisierung der arbeitsrechtlich fundierten Fürsorgepflicht der Arbeitgeber sehen. Praktische Relevanz hat vor allem die Nr. 3 mit der Hinweispflicht der Arbeitgeber auf die Verpflichtung zur früh- und rechtzeitigen Arbeitsuchendmeldung erlangt, die wohl in keinem Kündigungsschreiben und keinem Aufhebungsvertrag mehr fehlen dürfte. Grundsätzlich darf ein Arbeitsuchender auf die Richtigkeit des Hinweises seines Arbeitgebers zur rechtzeitigen Arbeitsuchendmeldung vertrauen; es sei denn, nach dem Verständnishorizont des Arbeitsuchenden liegen hinreichende Anhaltspunkte für eine mögliche Unrichtigkeit vor.<sup>3</sup> Dem Arbeitsuchenden wird auch kein unzumutbares Verhalten abverlangt, da es sich bei der Arbeitsuchendmeldung um eine einfache Tatsachenerklärung handelt. Auf das Vorliegen einer Belehrung durch den Arbeitgeber kommt es dann nicht mehr an.<sup>4</sup> Die Informationspflicht des Arbeitgebers tritt an die Stelle derjenigen Belehrungspflichten, die der Gesetzgeber der Bundesagentur für Arbeit (BA) auferlegt, bevor aus Obliegenheitsverletzungen des Arbeitslosen nachteilige Rechtsfolgen für seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld eintreten können. Eine wirksame Rechtsfolgenbelehrung setzt voraus, dass sie konkret, richtig und vollständig ist und dem Arbeitslosen in verständlicher Form zutreffend erläutert, welche unmittelbaren und konkreten Auswirkungen aus dem versicherungswidrigen Verhalten resultieren.<sup>5</sup> Unterlässt der Arbeitgeber den nach Nr. 3 gebotenen Hinweis, so begründet dies keinen Schadensersatzanspruch des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber, denn Nr. 3 ist kein Schutzgesetz,<sup>6</sup> und hindert auch nicht die Anrechnung von böswillig unterlassenem Zwischenverdienst.<sup>7</sup> 4

## IV. Informationspflicht der Arbeitgeber (Abs. 3)

Bei der Frage, welche Bedeutung Abs. 3 in der **Praxis** zukommt ist zum einen die Tatsache zu bedenken, dass es sich lediglich um eine Sollvorschrift handelt. Zum anderen ist für die Verwirklichung dieser Mitteilungspflicht erforderlich, dass sich der Arbeitgeber überhaupt frühzeitig Gedanken über seine mittel- bis langfristige „Beschäftigungspolitik“ macht. Andererseits wird der Arbeitgeber möglicherweise zu einer Unterrichtung der Arbeitsagentur motiviert, weil über § 7 S. 2 Nr. 3 die aktiven Arbeitsförderungsleistungen an Arbeitgeber gemäß §§ 88 ff. 5

2 LSG Saarl 30.11.2021 – L 4 AS 13/19.

3 HessLSG 25.9.2009 – L 7 AL 199/08.

4 BayLSG 18.9.2009 – L 8 AL 204/08.

5 Vgl. BSG 25.5.2005 – B 11a/11 AL 81/04 R, BSGE 95, 8; so LSG BW 25.4.2006 – L 12 AL 3283/05.

6 BAG 29.9.2005 – 8 AZR 571/04, BAGE 116, 78–85.

7 LSG Nds 9.11.2021 – 10 Sa 15/21.

SGB III auch von dem „ermittelten arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf“ abhängig gemacht werden sollen.

#### V. Pflichten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Abs. 4)

- 6 Einerseits enthält Abs. 4 Selbstverständlichkeiten, die von einem im eigenen Interesse besonnen handelnden Arbeitnehmer ohnehin beachtet werden. Ist dies jedoch im Einzelfall nicht gegeben, so dürfte der Appell als solcher ohne Bedeutung bleiben, weil er selbst **nicht sanktionsbewehrt** ist. Insoweit kommt es wieder darauf an, ob vor allem die Sperrzeitregelung in § 159 das vom Gesetzgeber mit Abs. 4 verfolgte Ziel flankiert.

#### VI. Obliegenheiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Abs. 5)

- 7 In Abs. 5 werden an herausgehobener Stelle **Obliegenheiten** der Arbeitnehmer schon einmal erwähnt, an deren Verletzung an anderen Orten im Gesetz Sanktionen wie die Verhängung einer Sperrzeit (s. § 159), zB wegen Arbeitsaufgabe oder nicht rechtzeitiger Meldung der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses, geknüpft werden.

Im Rahmen einer Gesamtabwägung zur Beurteilung der Böswilligkeit iSd § 11 Nr. 2 KSchG kann auch eine Verletzung sozialrechtlicher Handlungspflichten zu berücksichtigen sein, etwa bei Missachtung der aktiven Mitarbeit bei der Vermeidung oder Beendigung von Arbeitslosigkeit nach § 2 Abs. 5 SGB III.<sup>8</sup>

### § 3 Leistungen der Arbeitsförderung

(1) Leistungen der Arbeitsförderung sind Leistungen nach Maßgabe des Dritten und Vierten Kapitels dieses Buches.

(2) Leistungen der aktiven Arbeitsförderung sind Leistungen nach Maßgabe des Dritten Kapitels dieses Buches und Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

(3) Leistungen der aktiven Arbeitsförderung sind Ermessensleistungen mit Ausnahme

1. des Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheins nach § 45 Absatz 7,
2. der Berufsausbildungsbeihilfe während der ersten Berufsausbildung oder einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme,
3. der Leistung zur Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses oder eines gleichwertigen Schulabschlusses im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme,
4. der Weiterbildungskosten zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses, des Hauptschulabschlusses oder eines gleichwertigen Schulabschlusses,
5. des Kurzarbeitergeldes bei Arbeitsausfall,
6. des Wintergeldes,
7. der Leistungen zur Förderung der Teilnahme an Transfermaßnahmen,

<sup>8</sup> BAG 7.2.2024 – 5 AZR 177/23, Anm. Helml AuA 2024, Nr. 10, 24–29.

## 8. der besonderen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und 9. des Arbeitslosengeldes bei beruflicher Weiterbildung.

### (4) Entgeltersatzleistungen sind

1. Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit und bei beruflicher Weiterbildung,
2. Teilarbeitslosengeld bei Teilarbeitslosigkeit,
3. Übergangsgeld bei Teilnahme an Maßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben,
4. Kurzarbeitergeld bei Arbeitsausfall,
5. Insolvenzgeld bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers und
6. Qualifizierungsgeld bei strukturwandelbedingtem Qualifizierungsbedarf.

Literatur: *Atanassov*, Die Mitnahme von Leistungen der aktiven Arbeitsförderung nach § 3 Abs 2 SGB III in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, ZESAR 2019, 461–467; *Bienert*, Die Zuständigkeit der BA für Studien- und Arbeitsassistenten während eines dualen Studiums – Zugleich Anmerkung zum Urteil des Landessozialgerichts Baden-Württemberg vom 18. Februar 2020 – L 13 AL 190/18 – info also 2020, S 119, info also 2020, 210–216; *Fehmel*, Entscheidungsspielräume im Sozialleistungsrecht – Konsequenzen für die Soziale Arbeit, ZSR 2017, 549–578; *Hänlein*, Arbeitsmarktpolitik aus rechtswissenschaftlicher Sicht – Das Recht der Arbeitsförderung, Grundlagen und Herausforderungen des Sozialstaats – Denkschrift 60 Jahre Bundessozialgericht 2015, 327–357 (Berlin); *Knuth*, Vorschläge für eine solidarische und sozialinvestive Arbeitsmarktpolitik, NDV 2017, 513–519; *Körtel*, Arbeitslosengeld im Anschluss an ein freiwilliges soziales Jahr im Ausland, Anmerkung zu BSG II. Senat, Urteil vom 23.2.2017 – B 11 AL 1/16 R, jurisPR-SozR 18/2017 Anm. 2; *Palsberrn*, Der Anspruch auf Arbeitsassistenten zur Erlangung eines Arbeitsplatzes und seine Förderungshöchstdauer als Leistung der Bundesagentur für Arbeit – zugleich Anmerkung zum Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 3.6.2021 – L 14 AL 64/18, info also 2022, 105–111; *Schmitz*, Sozialversicherungsrechtliche Folgen nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns, WzS 2015, 211–213; *Solka*, Die Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente, jurisPR-SozR 8/2012 Anm. 1.

## I. Allgemeines

Die Vorschrift wurde durch das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20.12.2011<sup>1</sup> mWv 1.4.2012 völlig neu gefasst. Geringfügige Änderungen ergaben sich durch das Gesetz zur Förderung der beruflichen Weiterbildung im Strukturwandel und zur Weiterentwicklung der Ausbildungsförderung vom 20.5.2020<sup>2</sup> im Abs. 3 Nr. 4 mWv 29.5.2020 und durch das Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung vom 17.7.2023<sup>3</sup> mWv 1.4.2024 in Abs. 4 Nr. 5 und 6.

## II. Leistungen der Arbeitsförderung (Abs. 1)

Die Vorschrift enthält in Abs. 1 einen **Überblick** über die im SGB III vorgesehenen Leistungen der Arbeitsförderung. Die vormalige Unterteilung des Gesetzes in Leistungen an Arbeitnehmer, Leistungen an Arbeitgeber sowie Leistungen an Träger ist entfallen. Die Regelungen über die Beantragung von Leistungen in §§ 323 ff. galten auch für den Vermittlungsgutschein, der nicht nachträglich beantragt werden kann.<sup>4</sup> Bei offenem Ausgang des Hauptsacheverfahrens, in dem der Anspruch auf eine bestimmte Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben in Streit steht (hier Leistungen nach Abs. 3 Nr. 7), gebietet die Gewährleistung effektiven

1 BGBl. 2011 I 2854.

2 BGBl. 2020 I 1044.

3 BGBl. 2023 I Nr. 191.

4 SächsLSG 19.11.2015 – L 3 AL 143/11.

Rechtsschutzes zur Durchsetzung des grundrechtlich geschützten Interesses des Benachteiligten auf berufliches Fortkommen eine Folgenabwägung.<sup>5</sup>

### III. Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Abs. 2, 3)

- 3 In Abs. 2 werden die **Leistungen der aktiven Arbeitsförderung** benannt, die sich aus dem 3. Kapitel ergeben und zudem das Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung umfassen. Aus dem Nebeneinander von § 37 Abs. 2 und 3 und § 5 iVm § 3 Abs. 2, § 45 einerseits und dem Fehlen einer Ausschluss- oder Vorrangregelung andererseits folgt, dass eine AA einer oder einem Arbeitslosen eine berufliche Eingliederungsmaßnahme auch außerhalb einer Eingliederungsvereinbarung anbieten kann.<sup>6</sup> Gemäß § 22 Abs. 1 sind Leistungen der aktiven Arbeitsförderung der AA gegenüber Leistungen anderer Träger nachrangig. Bewerbungskosten zählen zu den nach § 45 Abs. 1 durch die Agentur für Arbeit förderungsfähigen Leistungen.<sup>7</sup>
- 4 Schließlich lässt sich Abs. 3 entnehmen, auf welche Leistungen der aktiven Arbeitsförderung bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen ein Rechtsanspruch besteht und wann es sich lediglich um **Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung** handelt, die in der Praxis vor allem unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit im jeweiligen Haushaltsjahr stehen werden. Dabei ergibt sich aus der Formulierung dieses Absatzes, dass die Ausgestaltung als Ermessensleistung den Regelfall bildet, zu dem bestimmte Ausnahmen ausdrücklich benannt werden.

### IV. Entgeltersatzleistungen (Abs. 4)

- 5 Abs. 4 zählt abschließend die fünf Formen der **Entgeltersatzleistungen** auf. Terminologisch wird insoweit häufig auch von „passiven“ Leistungen gesprochen. Zeiten einer Vollzeitbeschäftigung führen nicht zur Erfüllung der spezifischen Anwartschaftszeit für das Teilarbeitslosengeld, wenn zeitgleich keine weitere beitragspflichtige Beschäftigung ausgeübt wird.<sup>8</sup> Zur Erfüllung der Wartezeit einer Altersrente für besonders langjährig Versicherte kann der Bezug von Entgeltersatzleistungen der Arbeitsförderung auch dann durch eine Insolvenz des Arbeitgebers bedingt sein, wenn der Versicherte aus diesem Anlass in eine Transfergesellschaft wechselt und das Transferarbeitsverhältnis durch Fristablauf endet.<sup>9</sup>

## § 4 Vorrang der Vermittlung

(1) Die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit hat Vorrang vor den Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit.

(2) <sup>1</sup>Der Vermittlungsvorrang gilt auch im Verhältnis zu den sonstigen Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, es sei denn, die Leistung ist für eine dauerhafte Eingliederung erforderlich. <sup>2</sup>Von der Erforderlichkeit für die dauerhafte Eingliederung ist insbesondere auszugehen, wenn Arbeitnehme-

5 SG Hildesheim 29.9.2010 – S 53 AL 192/10 ER, info also 2001, 81–84.

6 SächsLSG 9.2.2017 – L 3 AL 274/15.

7 SG Augsburg 23.5.2012 – S 7 AL 249/10.

8 BSG 13.3.2018 – B II AL 23/16 R, SozR 4-4300 § 162 Nr. 1.

9 BSG 21.10.2021 – B 5 R 11/20 R, SozR 4-2600 § 51 Nr. 6.

## Stichwortverzeichnis

Die **fetten** Zahlen verweisen auf den Paragraphen, die mageren auf die Randnummer.

2. DSAnpUG-EU **40** 2, **41** 2, **282** 2,  
**282a** 2, **394** 2, **395** 2, **397** 2
25. BAföGÄndG **58** 1
29. BAföGÄndG **54a** 1, **61** 1, **62** 1,  
**64** 1, **67** 1, **68** 1, **455a** 1
- Abberufung  
– Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane **377** 12 ff.  
– zuständige Stelle **377** 13
- Abbruch  
– Arbeit **159** 9  
– berufsbezogene Deutschsprachförderung **159** 43  
– Eingliederungsmaßnahme **159** 33 ff.  
– Integrationskurs **159** 43 ff.
- Abfindung **151** 8, **157** 5, **159** 57, **166** 3  
– Arbeitsentgelt **158** 4  
– echte Scheinabfindung **165** 62  
– Kausalität **158** 8  
– Ruhen **158** 5
- Abgabe an die Staatsanwaltschaft  
– Bußgeldverfahren **404** 17
- Abhängigkeit, persönliche **138** 7,  
**165** 10
- Abhilfebescheid **Anh.** 55
- Ablauf **48a** 4
- Ablehnung  
– Eingliederungsmaßnahme **159** 70  
– Integrationskurs, berufsbezogene Deutschsprachförderung **159** 38 ff.
- Abmahnung **159** 15, 20, 35, 45
- Abruf, elektronischer  
– Daten zur Arbeitsunfähigkeit **311** 19
- Abschlagszahlung **337** 13 ff.
- Abschrift  
– Akteneinsicht **Anh.** 21  
– Klageverfahren **Anh.** 85
- Abtretung **170** 8 f.  
– Anzeige **108** 5  
Abtretungsverbot **157** 11, **170** 11
- Abwägung **35** 21
- Abweichung  
– Berufsbildungsgesetz **117** 11  
– gelegentliche **138** 20  
– Handwerksordnung **117** 11
- Abweisung der Klage **Anh.** 95
- Abweisungsbeschluss **165** 44
- Abwicklung, des Betriebes **165** 47
- Abwicklungsvertrag **159** 53  
– Auslegung **159** 13  
– bedingter **159** 12 ff.  
– Beweislast **159** 13  
– Kündigung **159** 13
- Abzieltatbestand **160** 16
- Abzüge, gesetzliche **167** 5
- Agency-Modell **110**
- Agentur für Arbeit  
– Dienstleister **2** 3  
– Geschäftsführung **383** 1 ff.  
– Kooperationspflicht **368** 14  
– Zuständigkeit **327** 1 ff., **368** 4
- AGG, Diskriminierung **36** 11
- Akkreditierung **176** 2  
– Anspruch **177** 15  
– Antrag **177** 15  
– DAkKS **177** 2  
– jährliche Überprüfung **177** 15  
– Rechtsnatur **176** 9, **177** 2  
– Rechtsweg **177** 15  
– Verfahren **177** 15
- Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) **176** 1
- AkkStelleG **177** 4
- Akteneinsicht **Anh.** 19 ff.  
– Abschrift **Anh.** 21  
– Beistand **Anh.** 22  
– Bevollmächtigte **Anh.** 22  
– Datenschutz **Anh.** 20  
– Gebühren **Anh.** 21  
– Gegenstand **Anh.** 20  
– Klageverfahren **Anh.** 85  
– Kopien **Anh.** 21  
– medizinische Daten **Anh.** 19

- Ort der Akteneinsicht **Anh.** 21
- persönlichkeitsgefährdende Daten **Anh.** 19
- Übersendung der Akten **Anh.** 85
- Verstoß gegen Akteneinsichtsrecht **Anh.** 23
- Aktenvorlage **Anh.** 81
- Aktive Arbeitsförderung 3 3, 35 1, 422 1 ff.
  - allgemeine Meldepflicht 309 12
  - Erbringung von Amts wegen 323 13 f.
  - Verfahrenseinleitung **Anh.** 12
- Aktivierung 115 4
- Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein 45 16 ff., 296 18 f.
  - Ausschluss der Geltung 183 7 ff.
  - feststellender VA 45 18
  - Rechtsschutz 45 24
  - schlichtes Verwaltungshandeln 45 18
  - Verfahren 45 24
  - Vergütung 45 20 ff.
  - Vergütungsausschluss 45 23
  - Zahlungsanspruch des Vermittlers 45 19
  - Zusicherung 45 18
- Akzessorietät 170 2 ff., 171 1
- Alkoholeinfluss 159 21
- Alleinstellungsklausel 297 10
- Allgemeine Geschäftsbedingungen
  - Vermittlungsvertrag 296 5
- Allgemeine Meldepflicht 309 1 ff.
  - aktive Arbeitsförderung 309 12
  - Anordnungsermächtigung 322 3
  - ärztliche Untersuchung 309 13
  - Berufsberatung 309 12
  - Grundsicherung für Arbeitsuchende 309 27
  - Inhalt 309 22 ff.
  - Kurzarbeitergeld 309 9
  - Meldeaufforderung 309 19
  - Meldeort 309 18
  - Meldezweck 309 12
  - Prüfung der Leistungsvoraussetzungen 309 12
  - psychologische Untersuchung 309 13
  - Reisekosten 309 25
- Ruhens des Arbeitslosengeldanspruchs 309 10
- Sperrzeit 309 4
- Teilarbeitslosengeld 309 9
- Unfallversicherung 309 26
- Verhältnis zum persönlichen Erscheinen 309 5
- Verhältnis zur Arbeitslosmeldung 309 5
- Verhältnis zur Meldepflicht nach § 38 309 5
- Vermittlung 309 12
- Verspätung 309 23
- Verstoß gegen ~ 309 24
- Voraussetzungen 309 7 ff.
- Zeitpunkt 309 23
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
  - Diskriminierung 36 11
- Altenpflege
  - Weiterbildungsförderung 131b 2 ff.
- Altersgrenze 136 14 ff.
- Altersrente 156 23
  - Anspruch 136 16
  - Versicherungsfreiheit 28 3
- Altersruhegeld 156 16
- Alterssicherung
  - kombinierte 173 13
  - Leistungsbezug 173 3
- Altersteilzeit 138 7, 150 13, 151 8, 159 53, 165 15
- Altersteilzeitgesetz 165 15
- Altersübergangsgeld 138 34
- Altersversorgung, betriebliche 158 8, 165 65
- Amtliche Statistiken 281 6
- Amtsdauer
  - Mitglied des Selbstverwaltungsorgans 375 1 ff.
- Amtsermittlung 168 7
  - Durchbrechung 139 13
- Amtsermittlungsgrundsatz 170 21
- Amtshaftung 29 13
- Amtspflichtverletzung 36 7
  - Abberufung eines Mitglieds eines Selbstverwaltungsorgans 377 12
  - unterlassene Weiterleitung bei Unzuständigkeit **Anh.** 13

- Amtssprache **323 6**  
Amtswechsel  
– Selbstverwaltungsorgan **375 5**  
Amtszeit  
– Vorstandsmitglieder **382 8 ff.**  
Anbahnung einer Beschäftigung **44 17**  
Andere Leistungsanbieter **117 12**  
Änderung der Verhältnisse **330 22**  
– nachträgliche **165 36**  
Änderungen  
– Mitteilungspflicht **330 25**  
– Ordnungswidrigkeit bei Verstoß zur Anzeige von Änderungen **404 43**  
– vorläufige Entscheidung **328 25**  
– Zeitpunkt **106 31**  
Änderungsmitteilung **318 12**  
– Maßnahmeteilnehmer **318 14 f.**  
Androhung von Zwangsgeld **Anh. 61**  
Anerkennungsbescheid  
– Bindungswirkung **99 11**  
– Eigenart **99 9**  
– fehlerhafter **99 11**  
– negativer **99 12**  
– Zweck **99 9**  
Anfechtbarkeit **166 6**  
– Beschleunigung **160 26**  
– Entscheidung **160 26**  
– Neutralitätsausschuss **160 26**  
Anfechtung **99 12, 169 2, 12**  
– Antrag **323 5**  
Anfechtungsklage **Anh. 66**  
– Auskunftsverlangen **315 13**  
– kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage **Anh. 68**  
– kombinierte Anfechtungs- und Verpflichtungsklage **Anh. 69**  
– und Leistungsklage, Aufrechnung **333 11**  
Angabe  
– erforderliche **155 12**  
– unvollständige, Rücknahme eines Verwaltungsakts **330 14**  
– vollständige **155 12**  
Angehörige **138 30**  
Angemessenheit **44 20, 178 6**  
– Teilnahmebedingungen **179 4**  
Anhebung von Freibeträgen **66 3**  
Anhörung  
– Änderung einer vorläufigen Entscheidung **328 28**  
– des Beteiligten **Anh. 17 ff.**  
– Meldeaufforderung **309 21**  
– Nachholung **Anh. 18**  
– Untersagung der Berufsberatung **288a 24**  
– Untersagung privater Berufsberatung **288a 10**  
– Verstoß gegen Anhörungspflicht **Anh. 18**  
– vor der Schätzung des Einkommens **329 11**  
– vor Gerichtsbescheid **Anh. 94**  
– vorläufige Entscheidung **328 27**  
– vorläufige Zahlungseinstellung **331 11**  
Ankündigung  
– Betriebsprüfung **319 8**  
Annahmeverzug  
– Arbeitsentgelt **157 4**  
Anonymisierung von Daten **394 9**  
– Arbeitsmarkt- und Berufsforschung **282 17**  
– Historik-Datei **282 19, 21**  
Anordnung **Anh. 1**  
– aufschiebende Wirkung **Anh. 109**  
– Bundesagentur **164 1 ff.**  
– Ermächtigung **164 1**  
– Gebühren für Werkvertragsarbeitnehmer **287 6**  
– Genehmigung **372 6**  
– Inkrafttreten **372 7 f.**  
– öffentliche Bekanntmachung **372 7**  
– Rechtsnatur **372 5**  
– Verwaltungsrat **129 3**  
– zu § 43 SGB III **43 7**  
– zur Förderung der Einstiegsqualifizierung **55 2**  
Anordnungsanspruch **Anh. 111**  
Anordnungsermächtigung **309 6**  
– allgemeine Meldepflicht **322 3**  
– Förderung von Jugendwohnheimen **80b 3**  
Anordnungsgrund **Anh. 111**

- Anpassung  
– an die technische Entwicklung **180 4**  
– der Bedarfsätze **66 2**  
– vorläufige Entscheidung **328 27**
- Anrechnung **155 1 ff.**  
– Arbeitsentgelt **106 21 ff., 155 4**  
– Einkommen **155 4**  
– Einkünfte **106 21 ff.**  
– vorläufige Entscheidung **328 30**
- Anrechnungszeit  
– gesetzliche Rentenversicherung (GRV) **38 29**
- Anschlussarbeitsplatz **159 60**
- Anschlussübergangsgeld  
– Berechnung **339 9**
- Anspruch  
– Arbeitsentgelt **158 6**  
– Arbeitslosengeld **161 5, 8**  
– Arbeitslosengeld, Dauer **147 3 ff.**  
– Disposition **147 5**  
– Entstehen **161 6**  
– Erfüllung **148 3, 161 5**  
– Erheben **309 8**  
– Erlöschen **161 5 ff.**  
– Gemeinschaftsrecht **161 5**  
– Minderung **148 3**  
– Regelaltersrente **161 5**  
– Sperrzeit **161 8**  
– Stammrecht **147 5, 148 4, 161 5**  
– vergleichbarer **156 23**  
– vorläufige Entscheidung **328 12**  
– Wegfall **323 5, 330 25**
- Anspruchsdauer **148 1 ff., 157 10**  
– Arbeitslosengeld **147 1 ff., 8 f.**  
– COVID-19-Pandemie **421d 3**  
– Geringverdiener **147 9**  
– Gutschrift **148 3**  
– Minderung **146 37, 148 4, 159 65, 456 6**  
– Verlängerung **148 15 f., 456 6**  
– Weiterbildung **148 15**
- Ansprucherlöschen  
– europäische Regelungen **161 17**
- Anspruchsgrundlage **165 7**
- Anspruchshäufung  
– Arbeitsentgelt **157 2 ff.**  
– Arbeitslosengeld **157 2 ff.**
- Anspruchskonkurrenz **156 1 ff., 455 1 ff.**
- Anspruchsleistung **136 7 ff.**
- Anspruchsminderung **159 4**  
– Begrenzungen **148 14**
- Anspruchsübergang **68 15, 157 11, 332 1 ff.**
- Anspruchsüberleitung **332 1 ff.**
- Anspruchsübertragung **170 6**
- Anspruchsverlust **159 4, 65**
- Anspruchsvoraussetzung  
– Beweislast **137 6**  
– formelle, Antrag **323 3**  
– negative **95 8**  
– positive **95 8**
- Anspruchszeitraum **96 22**
- Anstiftung **404 7**
- Antrag **48a 3, 99 12, 145 24, 422 6**  
– Anfechtung **323 5**  
– Anordnung aufschiebender Wirkung **Anh. 110**  
– Anzeige der Kurzarbeit **323 19**  
– Arbeitgeber **95 13**  
– Arbeitsgenehmigungsverfahren **284 39**  
– Arbeitslosengeld **324 11 f.**  
– auf Kurzarbeitergeld, Inhalt **323 21**  
– auf Saison-Kurzarbeitergeld, Inhalt **323 24**  
– Ausbildungsgeld **324 11 f.**  
– Ausschlussfrist **95 13**  
– Ausschlussfrist beim Insolvenzgeld **324 16**  
– berufliche Weiterbildung während Kurzarbeitergeldbezug **323 17 ff.**  
– Berufsausbildungsbeihilfe **324 11 f.**  
– Betriebsrat **95 13**  
– Betriebsvertretung **323 22**  
– elektronischer, ergänzende Leistungen **323 26**  
– elektronischer, Kurzarbeitergeld **323 26**  
– elektronischer, Saisonkurzarbeitergeld **323 26**  
– Erfordernis **168 8**  
– ergänzende Leistungen nach § 102 **323 17 ff., 24, 324 13**  
– erneuter Antrag **323 7 ff.**  
– Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen **324 13**

- Fiktion **323 11 f.**
- Fiktion, Ausschluss **323 12**
- formelle Anspruchsvoraussetzung **323 3**
- Frist, ergänzende Leistungen nach §102 **323 25**
- Frist, Saisonkurzarbeitergeld **323 25**
- Grundsicherung für Arbeitsuchende **323 32**
- Handlungsfähigkeit **Anh. 9**
- In-Sich-Beurlaubung **387 9**
- Insolvenzgeld **324 14 ff.**
- Kurzarbeitergeld **323 17 ff., 324 13**
- Lehrgangskosten **324 13**
- Meistbegünstigung **323 4**
- Mitteilung der Antragstellung an die BA **332 15**
- nachträglicher **324 4 ff.**
- Nachweis **323 4**
- Prinzip **323 7 ff.**
- Qualifizierungsgeld **323 16, 27 ff.**
- Rechtsnatur **323 4**
- Rücknahme **323 5, Anh. 9**
- Saison-Kurzarbeitergeld **323 17 ff.**
- Säumnis **95 13**
- Sprache **323 6**
- Transfer-Kurzarbeitergeld **323 17 ff.**
- Transfer-Maßnahme **323 17 ff.**
- unzuständige Behörde **Anh. 13**
- unzuständige Stelle **323 6**
- Versicherungspflicht **28a 13**
- verspäteter **324 7 ff.**
- vorläufige Entscheidung **328 15**
- vor Leistung **324 1 ff.**
- vor leistungsbegründendem Ereignis **324 4 ff.**
- Wiedereinsetzung **95 13**
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand **Anh. 50**
- Wirksamkeit **323 4**
- Wirkung **325 1 ff.**
- Zeitpunkt der Antragstellung **323 6**
- Antragsbefugnis
  - Arbeitgeber **95 14**
  - Betriebsrat **95 14**
  - Kurzarbeitergeld **95 14**
- Antragsfrist
  - Leistungen zur Förderung von Transfermaßnahmen **325 12 f.**
- Antragstellung **169 4, Anh. 12**
- Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag **28a 3**
- verspätete **23 7**
- Anwalt
  - Ersatz der Anwaltskosten **Anh. 57**
- Anwaltszwang
  - Nichtzulassungsbeschwerde **Anh. 105**
  - Sprungrevision **Anh. 105**
- Anwartschaft **161 3**
- Eigenleistung **142 3**
- Eigentumsschutz Art. 14 GG **142 3**
- Anwartschaftszeit **142 1 ff.**
- Monat **339 7 f.**
- Anwendbarkeit im Asylverfahren **40 9, 41 9**
- Anwerbung aus dem Ausland **292 4 ff.**
- Anzeige
  - Änderung **404 41**
  - Arbeitsaufnahme **141 12 f.**
  - Betrieb **97 8**
  - Betriebsabteilung **97 8**
  - der Kurzarbeit, Antrag **323 19**
  - fristgerecht **99 7**
  - nachträglich **99 7**
  - Tatsachenerklärung **99 3**
  - Überleitung **332 11**
  - unverzüglich **141 12**
  - verspätet **99 8**
- Anzeigepflicht **68 17**
- Arbeitsunfähigkeit, Voraussetzungen **311 4**
- AU, Form **311 8**
- AU, Zeitpunkt **311 7**
- Äquivalenzprinzip **151 6**
- Arbeit auf Abruf **138 19**
- Arbeitgeber **35 10, 54a 4, 106a 7, 165 23, 176 5**
- Arbeitsbescheinigung für Zwecke des über- und zwischenstaatlichen Rechts **312a 4 ff.**
- Arbeitsbescheinigungspflicht **312 6**

- Aufzeichnungspflichten **320** 40 ff.
- Auskunftspflicht **315** 26 ff., **316** 4, **318** 4 ff.
- Ausstellen einer Insolvenzgeldbescheinigung **314** 13 ff.
- Beratung von **34** 1
- Ersatz von Kranken- und Rentenversicherungsbeiträgen **335** 29
- Erstattung eines Zuschusses zur freiwilligen Krankenversicherung **335** 36
- Insolvenz **108** 11
- Kurzarbeitergeld **108** 9
- Leistung **156** 25
- Mitteilung leistungserheblicher Änderungen **318** 11 ff.
- Prozessstandschaft **108** 4 f.
- Schadensersatz **108** 9, **321** 34
- Teilarbeitslosengeld **162** 6
- Verantwortlichkeit **2** 4
- Arbeitgeberbescheinigung
  - Vorlage durch Unterhaltspflichtige **315** 24
- Arbeitgeberidentität **165** 35
- Arbeitgeberleistungen
  - Zuständigkeit **327** 26
- Arbeitgeberumlage **165** 3
- Arbeitgeberverbände
  - Vorschlagsrecht für die Arbeitgebervertreter **379** 5
- Arbeitgebervertreter
  - Vorschlagsberechtigte **379** 5
- Arbeitnehmer **95** 7, **106a** 6, **136** 11 f., **138** 5 f.
  - ausgeschlossene **98** 7
  - Obliegenheiten **2** 7
  - versicherungspflichtige **98** 4
  - Zuständigkeit für Leistungen an ~ **327** 5 ff.
- Arbeitnehmereigenschaft **165** 9
- Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) **185** 2 f.
- Arbeitnehmerfreizügigkeit **284** 3 ff.
- Arbeitnehmerschutz
  - wegen Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers **165** 1
- Arbeitnehmerüberlassung **35** 12 ff., **138** 23, **165** 29
  - Abgrenzung zur Arbeitsvermittlung **35** 15
  - Einordnungstheorie **35** 16
  - Schwerpunkttheorie **35** 16
- Arbeitnehmervertreter
  - Vorschlagsberechtigte **379** 4
- Arbeitsablehnung **159** 22 ff.
- Arbeitsangebot **138** 29, **139** 15
  - Ablehnung **138** 35
- Arbeitsaufgabe **148** 9, **159** 8
  - Sperrzeit **159** 55, 67
- Arbeitsaufnahme **141** 12 ff.
- Arbeitsausfall **99** 3, **101** 20
  - Arbeitsentgelt **151** 9
  - Auftragsmangel **101** 6
  - betriebsorganisatorischer **96** 16
  - betriebsüblicher **96** 15 f.
  - branchenüblicher **96** 15 f.
  - erheblicher **96** 4 f., **101** 7
  - Mindestquote **101** 7
  - Regelbeispiele **96** 15
  - saisonbedingter **96** 16, **101** 6
  - Saisonbetrieb **101** 7
  - unabwendbares Ereignis **96** 4
  - unvermeidbarer **96** 10, **101** 7
  - Ursache **96** 4
  - vermeidbarer **96** 15, **102** 10
  - vorübergehender **96** 9
  - wirtschaftliche Gründe **96** 4 f.
- Arbeitsbedingungen **159** 23, 54
  - außertariflich Beschäftigte **390** 1
- Arbeitsbefreiung
  - Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane **371** 13
- Arbeitsberechtigung
  - Verwaltungsakt **284** 41
- Arbeitsberechtigung-EU **284** 8 ff., 38
  - Rechtsschutz **284** 42
- Arbeitsbereitschaft **138** 11, 19, 26, 35, **139** 15 f.
  - Ausnahmen **138** 37
  - eingeschränkte **151** 12
  - subjektive Verfügbarkeit **148** 11
- Arbeitsbescheinigung **155** 12, **312** 3 ff.
  - Arbeitskampf **312** 23

- Berichtigung **312 18**
- elektronische **313a 3 ff.**
- Form **312 15**
- für Zwecke des über- und zwischenstaatlichen Rechts **312a 1 ff.**
- Grundsicherung für Arbeitsuchende **312 27**
- Heimarbeiter **312 5, 22**
- Indienstrafnahme **312 11**
- Inhalt **312 13 f.**
- Krankentagegeld **312 26**
- Leistungsträger **312 25**
- Nachweis **313a 7**
- Ordnungswidrigkeit **312 21, 404 36**
- private Haushalte **313a 8 f.**
- Teilarbeitslosengeld **312 22**
- Verlangen **312 8 f.**
- Versicherungsverhältnis auf Antrag **312 22**
- Verstoß gegen Arbeitsbescheinigungspflicht **312a 13**
- Verstoß gegen Pflichten **312 19 ff.**
- Voraussetzungen der Pflicht zur Ausstellung **312 4 ff.**
- Vorlage bei der AA **312 17**
- Wirkung **312 16**
- Zwangsgeld **312 20**
- Zwischenmeister **312 22**
- Arbeitseinkommen
  - Anrechnung **106 25**
  - erzielt **106 25**
- Arbeitsentgelt **106 3, 24, 150 6, 15, 151 4, 157 2 ff.**
  - Abfindung **158 4**
  - Änderung **106 31**
  - Anrechnung **106 21, 155 4 f.**
  - Anspruchsübergang **100 12**
  - Arbeitsausfall **151 9**
  - Begriff **157 4, 158 6**
  - Bezugsgröße **142 14**
  - entgangenes **158 3**
  - fiktives **152 1 ff.**
  - Freistellung **151 9**
  - geringes **142 14**
  - Indizfunktion **149 3**
  - Indizwirkung **150 4**
  - Mindestlohn **140 7**
  - Nichtzahlung **106 18**
  - Vergleich **151 8**
  - vergleichbares **106 30**
  - Zumutbarkeit **140 7**
- Arbeitsentgeltanspruch **165 55**
  - Durchsetzbarkeit **165 56**
  - Erlöschen **165 56**
  - Fälligkeit **165 56**
  - zeitliche Zuordnung **165 57**
- Arbeitserlaubnis-EU **284 8 ff., 31**
  - Anerkennung des Berufs **284 27**
  - Auskunft **284 40**
  - Auslandsaufenthalt **284 34 ff.**
  - Auslandswohnsitz **284 34 ff.**
  - Fachkraft **284 10**
  - Rechtsschutz **284 42**
  - unabhängig von Qualifikation als Fachkraft **284 24**
  - ungünstigere Arbeitsbedingungen **284 12 f.**
  - unternehmensinterner Transfer **284 28 f.**
  - Verwaltungsakt **284 41**
  - Voraussetzungen der Erteilung **284 9 ff.**
  - Vorrangprüfung **284 20**
  - Vorrang von Angehörigen von EU-Beitrittsstaaten **284 37**
- Arbeitsfähigkeit **138 26**
- Arbeitsförderung
  - aktive **3 3**
  - Datenschutzrecht **394 8**
  - Entgeltersatzleistungen **3 5**
  - Ermessensleistung **3 4**
  - Maßnahmen **115 4**
  - Teilhabe **115 3**
  - Vorrang der aktiven ~ **5 2**
- Arbeitsförderungsleistungen
  - Leistungsbeginn **324 3**
  - Verzicht **323 5**
- Arbeitsgelegenheit
  - Entgeltvariante **440 2 f.**
- Arbeitsgemeinschaft **97 6, 101 10**
- Arbeitsgenehmigung **138 31, 404 28**
  - Ordnungswidrigkeit **404 27**
  - Verwaltungsakt **284 41**
- Arbeitsgenehmigung-EU
  - 2+3+2-Modell **284 3**
  - aufschiebende Wirkung **336a 4**
  - Ausnahmen von der Genehmigungspflicht **284 7**

- Freizügigkeitsberechtigte **284 5**
- Notwendigkeit **284 4**
- Rechtsschutz **284 42**
- ArbeitsgenehmigungsVO **288 5**
- Arbeitsgericht
  - Rechtskraft **157 4**
  - Tatbestandswirkung **157 4**
- Arbeitshilfe
  - Menschen mit Behinderung **46 1 ff., 8 ff.**
- Arbeitskampf **96 6, 138 7**
  - Anzeige **320 56 ff.**
  - Arbeitsbescheinigung **312 23**
  - Arbeitslosengeld **160 1 ff.**
  - Arbeitsvermittlung **160 10**
  - Beschäftigungslosigkeit **160 10**
  - Fernwirkungen **160 13**
  - Glaubhaftmachung **312 23**
  - Gleichwohlgewährung **160 11**
  - Hauptforderung **160 17**
  - Kausalität **160 11**
  - Legitimität **160 8**
  - Neutralitätsausschuss **380 1 ff.**
  - Neutralitätspflicht **36 13 ff.**
  - Nichtbeteiligte **160 13**
  - Partizipationsgrundsatz **160 13**
  - Rechtmäßigkeit **160 8, 11**
  - Tarifautonomie **160 11**
  - Verfügbarkeit **160 10**
  - Verwaltungsrat **160 21**
- Arbeitskleidung **64 4**
  - Kostenübernahme **127 6**
- Arbeitsleben
  - Teilnahme **116 3**
- Arbeitslose, Definition **16 2**
- Arbeitslosengeld **98 9, 143 2, 148 3, 157 2, 7**
  - allgemeine Meldepflicht **309 9**
  - Altersrente **156 14**
  - Altersruhegeld **156 16**
  - Altersteilzeit **156 14**
  - Anrechnung **155 1 ff.**
  - Anspruch **137 5, 142 3, 143 7, 145 24, 147 4 f., 10, 148 3, 5, 157 3, 161 1, 6**
  - Anspruchsdauer **147 1 ff., 8, 148 1 ff.**
  - Anspruchsminderung **144 12, 148 4**
  - Anspruchsvoraussetzungen **137 1 ff., 144 3 ff.**
  - Antrag **137 4, 143 4 f., 161 15, 324 11 f.**
  - Anwartschaft **136 13, 137 4 f., 142 3, 161 6**
  - Arbeitskampf **160 1 ff., 12**
  - Arbeitslosigkeit **137 4, 148 5**
  - Arbeitslosmeldung **137 4, 141 3**
  - AU-Anzeige **311 3 ff.**
  - AU-Bescheinigung **311 3**
  - Auskunftspflicht **315 4**
  - Bemessung **149 4 ff., 150 1 ff., 10**
  - Bemessungsentgelt **151 1 ff.**
  - Bemessungsrahmen **150 5 ff.**
  - Bemessungszeitraum **150 5 ff.**
  - Berechnung **154 3 ff.**
  - Bergmannsrente **156 16**
  - berufliche Weiterbildung **148 12, 155 9 f.**
  - Betrag **149 1 ff.**
  - Bewilligung **157 11, 160 21**
  - Bewilligungsbescheid **161 4**
  - Bezug **151 11, 156 11**
  - Bezugsdauer **439 3**
  - Bezug von ~, Versicherungsfreiheit **27 23**
  - Einkommensanrechnung **155 3 ff.**
  - Einkünfte **155 1**
  - Elternzeit **150 11**
  - Entgeltersatzfunktion **149 3**
  - Entgeltersatzleistung **149 3**
  - Erfüllung **145 29, 148 5**
  - Erlöschen **161 1 ff.**
  - Erstattung **145 29, 148 17, 157 12**
  - Fehlbewilligung **146 46**
  - Fiktion **144 16**
  - Fortzahlung **311 3**
  - Genehmigung **157 11**
  - Gleichwohlgewährung **148 6, 157 11**
  - Gründungszuschuss **148 13**
  - Gutschrift der Anspruchsdauer **148 17**
  - Herstellungsanspruch **136 30**
  - Höchstdauer **147 10**
  - Höhe bei Weiterbildung **144 15**
  - Jugendfreiwilligendienst **150 10**
  - Kind **149 6**

- Knappschaftsausgleichsleistung **156 15**
- Krankengeld **156 10**
- laufende Leistung **313 4**
- Lebensstandard **155 3**
- Lebensversicherung **156 12**
- Leistungsanspruch **161 4**
- Leistungssatz **149 6**
- Maßnahme **144 3 f.**
- Mutterschaftsgeld **156 10**
- nachträglicher Antrag **324 4 ff.**
- Nettoentgelt **149 5**
- Pflegezeit **150 12**
- Rente **156 12**
- Restanspruch **147 10**
- rückwirkende Gewährung **325 5 ff.**
- Ruhen **145 24 f., 157 3 ff., 158 1 ff., 160 12, 163 4**
- Soldatenruhegehalt **156 16**
- Sonderversorgungssystem **163 4**
- Sperrzeit **148 8 ff., 159 1 ff.**
- Stammrecht **136 13, 137 5, 161 4, 6**
- Steuerklasse **149 6**
- Überbrückungsgeld **156 16**
- Übergangsgeld **156 10**
- Übergangsvorsorge **156 16**
- Verfallfrist **161 14 ff.**
- Vergleichsberechnung **150 17**
- Verletztengeld **156 10**
- Verordnung **163 1 ff.**
- Versorgungskrankengeld **156 10**
- Voraussetzungen **137 1 ff., 142 3, 144 16**
- Vorruhestandsleistungen **156 25**
- Weiterbildung **144 16**
- Zahlung **157 3, 11**
- Zahlungsanspruch **136 13, 137 5, 161 4**
- Arbeitslosenhilfe **173 2**
- Arbeitslosenmeldung
  - Teilarbeitslosengeld **162 13**
- Arbeitslosenstatistik **281 5**
  - Pflicht zur Erstellung **281 4**
- Arbeitslosenversicherung
  - Äquivalenzprinzip **161 16**
  - Befreiung von Beiträgen **418 3 ff.**
- Arbeitslosigkeit **138 1 ff., 145 22, 159 8**
  - Arbeitsaufgabe **159 67**
  - Arbeitsbereitschaft **138 1**
  - Begriff **138 1 ff.**
  - Begriffsentwicklung **138 4**
  - Beschäftigungslosigkeit **138 1**
  - drohende **17 2, 116 8**
  - Eigenbemühungen **138 1**
  - Eingliederungsvereinbarung **138 1**
  - Kausalität **159 67**
  - Legaldefinition **138 4**
  - Unterbrechung **141 11 f.**
  - Verfügbarkeit **138 1**
- Arbeitslosmeldung **141 5**
  - Anforderungen **141 4**
  - Antrag **141 4, 6**
  - Antragsfiktion **323 11 f.**
  - Arbeitsuchendmeldung **141 4**
  - Erlöschen **141 11**
  - erneute Meldung **141 8**
  - frühzeitige **2 4, 141 8**
  - Funktion **141 3**
  - keine Rückwirkung **141 7**
  - persönliche **141 1 ff., 145 15**
  - Rückwirkung **141 10**
  - Tatsachenerklärung Vertretung **141 4**
  - Verhältnis zur allgemeinen Meldepflicht **309 5**
  - Vertretung **141 4**
  - Verzögern **157 8**
  - Wiederaufleben **141 11**
  - zeitlich befristete, Erlöschen **141 13**
  - Zeitpunkt **141 7**
  - zuständige Agentur für Arbeit **141 9**
- Arbeitsmangel, konjunktureller **96 6**
- Arbeitsmarkt **98 13, 138 27 ff., 139 16, 162 9, 280 5 f.**
  - Bedingungen **156 17**
  - EU und EWR **29 9 f.**
  - Lage und Entwicklung **30 5, 280 5 f.**
  - lokaler **9 2, 4**
  - überörtlicher **9 2**
  - virtueller **35 25 f.**
- Arbeitsmarktberatung **29 1, 34 1 ff., 39 6**

- Arbeitsmarktbericht **283** 3 ff.  
Arbeitsmarktferne Personen **420** 2  
Arbeitsmarktlage **156** 17  
Arbeitsmarktmonitoring **9** 5  
Arbeitsmarktprogramme **368** 12 f.  
Arbeitsmarktstatistik **281** 1 ff.  
– Datenschutz **281** 5, 8, 10, 12  
– Grundsicherung für Arbeitsuchende **281** 25  
– Vorlage beim BMAS **283** 4  
– Weisungsrecht **281** 19, **283** 8 f.  
Arbeitsmarktstruktur  
– Auswirkungen der Beschäftigung von Rumänen und Bulgaren **284** 16  
Arbeitsmarkt- und Berufsforschung **280** 3 f.  
– Abstimmung des Forschungsbedarfs **282** 6  
– Begriff **280** 7, **282** 4  
– durch Dritte **282** 7  
– Forschungsfreiheit **282** 6  
– Grundsicherung für Arbeitsuchende **280** 10 ff., **282** 23  
– Mittel **280** 9  
– Veröffentlichung **282** 8  
– Vorlage beim BMAS **283** 4  
– Weisungen **282** 6  
– zu berücksichtigende Informationsbedarfe **282** 5  
– Zweck **280** 3, **282** 3 ff.  
Arbeitsorganisation **96** 6  
Arbeitsplatz **96** 4  
– Pendeln **140** 8  
– Umzug **140** 8 f.  
– Verhältnismäßigkeit **140** 8  
– witterungsabhängiger **102** 15  
– Wohnung **140** 8  
Arbeitsschutzvorschriften **101** 28  
Arbeitsstelle **30** 7  
Arbeitsstunden, berücksichtigungsfähige **102** 13  
Arbeitsuche **138** 10, 23, **162** 6  
– frühzeitige **159** 22, 70  
Arbeitsuchende **15** 3, **35** 9  
Arbeitsuchendmeldung **141** 8  
– verspätete **159** 51  
Arbeitsunfähigkeit **97** 3, **98** 8, **106** 18, **138** 30, **146** 14, **157** 7  
– Anzeigepflicht, Voraussetzungen **311** 4 ff.  
– Ausnahme von der Nachweispflicht bei elektronischem Abruf **311** 19  
– Begriff **311** 5  
– Erkrankung eines Kindes **311** 6  
– Folge unterlassener Anzeige **311** 9  
– Form der Anzeige **311** 8  
– Fortzahlung von Arbeitslosengeld **311** 3  
– Grundsicherung für Arbeitsuchende **311** 20 f.  
– Kausalität **146** 18  
– Kausallehre **146** 21  
– krankheitsbedingte **146** 18  
– Meldeaufforderung **309** 20  
– Nachweis **146** 44  
– unverschuldete **146** 22  
– Ursache **146** 18  
– Verhältnis der Anzeigepflicht zur Mitwirkungspflicht nach § 60 SGB I **311** 3  
– Zeitpunkt der Anzeige **311** 7  
Arbeitsunfähigkeitsanzeige  
– Arbeitslosengeld **311** 3  
– Übergangsgeld **311** 3  
Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung **311** 10 ff.  
– Arbeitslosengeld **311** 3  
– ausstellungsberechtigte Person **311** 12  
– Berechnung der Vorlagefrist **311** 11  
– Diagnose **311** 13  
– Folge unterlassener Vorlage **311** 15, 18  
– Inhalt **311** 13  
– Übergangsgeld **311** 3  
– weitere **311** 14  
Arbeitsverhältnis **96** 4, **98** 5, **138** 6 f., **157** 3  
– bedingtes **98** 6  
– Beendigung **158** 7 ff., **312** 7 ff.  
– befristetes **98** 6, **158** 19  
– Ende **157** 5, **165** 51  
– faktisches **165** 11